Menü 146 September/Oktober 08

Zeck

das perfekte dinner aus der roten flora



Moin, Moin,



mit großer Begeisterung haben wir von der Veranstaltung vernommen die im Oktober zur Zeck und autonomen Medien läuft. Wir freuen uns sehr über diese Initiative und legen euch allen diesen Termin ans Herz. Einen Text und den Termin der Veranstalter_innen findet ihr unter Kurzes.

Ganz und gar nicht begeistert waren wir hingegen vom Überfall der Bullen auf die Flora. Hintergrund war neben einem sexistischen Übergriff ein neues Einsatzkonzept der Innenbehörde, welches vorsieht, jede Gelegenheit zu nutzen um in die Flora zu gehen. Wir haben hierzu einen Text mit zwei Presserklärungen abgedruckt und sind gespannt darauf wiesich diese Geschichte weiterentwickelt. So wie man im Busch anklopft, so klopft es bisweilen jedenfalls auch heraus...

Gespannt sind wir auch auf das Schanzenfest und den 3 Oktober. Ein Castor ist demnächst auch wieder unterwegs und in Köln bietet sich die Gelegenheit einen "Anti-Islam-Kongress" von rechtspopulistischen und faschistischen Gruppen zu verhindern. Egal ob ihr die nächste Zeit durchs Unterholz robbt, auf fünf Fingern unterwegs seid, euch in Schale geworfen auf die Straße begebt oder gerade mehr so in Theorie macht. Wir jedenfalls finden es kann gar nicht genug Würze in der Suppe des Protestes geben.

euer aktuelles kochstudio
von der
ZECK

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf Datenträgern (CD,Diskette,...) mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. CD's und Disketten können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).

Eigendruck im Selbstverlag.

Zeck support!

am 25.10. in der Flora- Info- und Diskussionsveranstaltung, Ausstellung und support Party!

Eine der Party vorausgehende Info- und Diskussionsveranstaltung soll allen Interessierten Einblick in den <Mythos Zeck> ermöglichen.

Wie, wann und warum ist sie entstanden, welches Ziel verfolgt die monatlich erscheinende und oft "Hauspostille der Roten Flora" genannte Zeitschrift heute und gestern? Wie beeinflusst sie die Hamburger Szene (radikale Linke, autonome Linke) oder umgekehrt: wie viel Einfluss übt diese auf die Zeitung?

Außerdem soll ein weiteres, auch dem Staatsschutz immer wieder relevant erscheinendes Printmedium sowie ein sicherlich ebenfalls allen bekanntes Internetmedium vorgestellt werden und an Hand dieser Vor- und Nachteile im Hinblick auf u.a. Nutzbarkeit, Relevanz und inhaltliche Vermittlung radikal-politischer Informationen zwischen Printmedien und Internetmedien diskutiert werden.

Wir wollen uns fragen, welchen Einfluss die jeweilige Arbeitsweise der Projekte hat. Welche Informationen und Diskussionen lassen sich einerseits in klandestine arbeitende und andererseits in legal arbeitende Medien vermitteln, gibt es hierbei Unterschiede zwischen Print- und Internetmedien und wie steht es um Rückverfolgung und Kriminalisierung?

Ab 20:00 Uhr wird es eine plakative Ausstellung um die Zeck und ihre äußere Erscheinung von Anfang der neunziger bis heute geben, nebenbei gibt's auch Buffet.

Ankündigungen zur Party ab 23:oo seht ihr auf der letzten Programmseite,-worums geht liegt euch in der Hand!

* *

FIGHT SEXISM!
GOOD NIGHT MALE PRIDE!

Der Slogan GOOD NIGHT WHITE PRIDE kam in den 1990er Jahren-in der amerikanischen Hardcore-Szene als Gegenreaktion auf zunehmend rechte bzw. neokonservative Strömungen auch innerhalb der eigenen Szene auf. Mittlerweile findet sich der Slogan international von der Antifa- bis zur Oi-Punk-Szene und bildet somit einen kleinsten gemeinsamen Nenner unterschiedlichster Gruppierungen. Rassismus und Faschismus sind zum gemeinsamen Feindbild erklärt worden. Allen diesen Gruppierungen ist aber auch gemein, dass sie in erster Linie geprägt sind von weißen, männlichen, heterosexuellen Strukturen und Normen. Sexismen, Geschlechterhierarchien und Heteronormativität sind allgegenwärtig, werden täglich reproduziert und von vielen aktiv vertreten. Zunehmende neo-liberale und neokonservative Strömungen auch innerhalb der radikalen Linken liefern vielen eine theoretische Rechtfertigung für sexistische oder anti feministische Gedanken, Äußerungen und Handlungen. Sexismus ist Gewalt, wird aber häufig nicht als Gewalt erkannt, benannt oder anerkannt. Das Ziel von Herrschaftsfreiheit ist unvereinbar mit Sexismus und patriarchaler Gewalt.

* *

Internationalen Rassist_innen Kongress verhindern!

Vom 19. bis zum 21.09. wollen Rassist_innen und Neofaschist_innen aus ganz Europa in Köln einen so genannten „Anti-Islamisierungs-Kongress" durchführen. Auf Einladung der selbst ernannten „Bürgerbewegung pro Köln" wollen bis zu 1000 rechte verschiedenster Couleur (vom klassischen Neonazi bis hin zu Rechtskonservativen) unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik ihre Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion verbreiten.
„Pro Köln" ist eine extrem rechte Organisation, die seit Jahren in Köln und auch überregional rassistische Politik betreibt. Viele Funtionär_innen und Mitglieder von „pro Köln" kommen aus neonazistischen Parteien und Gruppierungen wie etwa der NPD, den „Republikanern" und der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". In letzter Zeit hetzte „pro Köln"vorrangig gegen den Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld und ging mit rassistischer und extrem rechter Propaganda auf Wählerfang.
Für den Kongress im September haben sich unter anderem Vertreter_innen extrem rechter Parteien aus Österreich (FPÖ), Belgien (Vlaams Belang), Italien (Lega Nord), den USA (Robert Taft Group), Großbritannien (British National Party), Spanien und Ungarn angesagt. Außerdem soll der international bekannte Vorsitzenden der extrem rechten Front national (FN), Jean Marie LePen, anlässlich des Kongresses in Deutschland auftreten.
Mit ihrem europaweiten Hetzkongress verfolgen die altgedienten Neofaschist_innen von „pro Köln" zwei Ziele: erstens soll die Zusammenarbeit extrem rechter Parteien aus ganz Europa ausgebaut werden. Zweitens will „pro Köln" mit dieser Großveranstaltung den Wahlkampf für die NRW-Kommunalwahlen 2009 eröffnen. Wir werden weder ein solches internationales Treffen dulden, noch zulassen, dass „pro Köln/pro NRW" im Kommunalwahlkampf ungestört ihre rassistische Propaganda betreiben kann. Daher rufen wir dazu auf, diesen Kongress zu verhindern.
Dies kann uns nur gelingen, wenn an diesen Tagen möglichst viele Menschen gemeinsam den Veranstaltungsort blockieren und den Rechten den Durchgang versperren. Bei aller Unterschiedlichkeit unser politischen Ansichten verbindet uns dieses Ziel. Wir werden ihnen dabei unsere Entschlossenheit entgegensetzten und durch unsere Gemeinsamkeiten und Vielfalt unberechenbar sein. Mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams werden wir „pro Köln" und Gefolge in die Schranken weisen.
Beteiligt euch an Massenblockaden rund um den Kongressort! Sie kommen nicht durch!
Weitere Infos unter www.hingesetzt.mobi

* *

Hokkaido - das war der Gipfel

Vom 7. bis zum 9. Juli 2008 fand im am Toya-See liegenden Hokkaido in Japan das diesjährige Treffen der "Group Of Eight", dem sog. G8 statt. Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Japan waren aus Sicht der Veranstalter ein Erfolg (eng). An der Demonstration am 5. Juli hatten sich 5000 Personen aus Japan und etwa anderen 50 Ländern beteiligt. Die Die Einschränkungen des Versammlungsrechts gelten als beispiellos in der Geschichte der G8.

Während der Gipfeltage fanden in Sapporo etwa 80 Veranstaltungen im Rahmen des Alternativgipfelprogramms mit den Schwerpunkten Ernährungskrise und Klimakatastrophe statt. Dazu gab es tägliche Demonstrationen von den Camps in Richtung des G8-Tagungshotels.

"Die Proteste waren klein. Aber angesichts der berechtigten Angst der einheimischen Aktivisten vor Polizei und der geringen Anzahl und Größe kritischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Japan waren sie ein Erfolg. Zumal so etwas für Japan völlig neuartig war", sagte Yoko Akimoto, Geschäftsführerin von Attac Japan und eine der Hauptorganisatorinnen der Gegenaktivitäten. Vor allem die ausführliche Berichterstattung der japanischen Medien über die Proteste und die Forderungen der De-



monstranten habe die Erwartungen von Attac Japan übertroffen.

"Die G8 haben keine Lösungen. Im Gegenteil, sie verursachen und verschärfen die Probleme. Kompromissloser Protest ist die effektivste Strategie gegen solche Institutionen", sagte Walden Bello von Focus on the Global South bei der Abschlusspressekonferenz des G8-Action Network in Sapporo. Das habe sich bei anderen von den G8 dominierten Institutionen wie etwa dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bewährt.

Walden Bello kritisierte die Maßnahmen der japanischen Grenzpolizei und die Einschränkungen des Versammlungsrechts als beispiellos in der Geschichte der G8. "Der Gipfel war ein sehr bedrückendes Zeugnis über den Zustand der Demokratie in den G8-Staaten und in Japan", sagte der Träger des Alternativen Nobelpreises. Zu den Auflagen gehörte, dass bei Demonstrationen nur vier Personen nebeneinander gehen dürfen. Die Ausgaben für die Abschirmung des Gipfels betrugen 280 Millionen US-Dollar - mehr als das Doppelte der 130 Millionen US-Dollar, die der G8-Gipfel im vergangenen Jahr in Heiligendamm kostete.

****

HUNGERSTREIK

Am 07. August endete der europaweite Hungerstreik, der von der Interessenvertretung Inhaftierter (IvI) als Protest gegen die untragbaren Zustände in deutschen Knästen initiiert wurde. Die Aktivisten fordern die Abschaffung von Isolationshaft, Sicherungsverwahrung und Zensur. Es beteiligten sich, laut political prisoners, 537 Inhaftierte aus 29 deutschen Haftanstalten und 14 in anderen europäischen Ländern (Spanien, Niederlande, Belgien, Schweiz). Der Auslöser für diese Aktion war die an die Grenze der Erträglichkeit gesteigerte Repression gegen die IvI-Aktivistin Nadine Tribian. In einem Brief schreibt sie: Mittlerweile bin ich an einem Punkt angekommen, wo ich leider sagen muss, dass ich definitiv nicht mehr kann.

In der JVA Köln wurde Nadine Opfer sexueller Nötigung durch Vollzugsbeamte. Der Täter wurde rechtskräftig, auch wegen anderer Übergriffe auf weibliche Inhaftierte, verurteilt. Nach ihrer Verlegung in die JVA Bielefeld-Brackwedel attestiert der sogenannte psychologische Dienst Nadine, dass sie sich den Mißbrauch lediglich einbildet. Nadine wehrt sich und wird mit durch Vollzugsbeamte vorsätzlich inszenierten Vergehen konfrontiert, die zu Isolationshaft, Kontaktsperre, Einschränkung des Briefverkehrs und anderen Schikanen führen. Sie wird permanent psychisch unter Druck gesetzt. Nun droht ihr die Sicherheitsverwahrung wegen einer erneuten Straftat, Unbelehrbarkeit und Gefahr für die Allgemeinheit, weil sie 10 Briefmarken gestohlen haben soll. Es ist die Anstaltsleitung, die dieses Verfahren forciert.Der Fall von Nadine Tribian steht, nach Ansicht der IvI lediglich exemplarisch für die täglichen Demütigungen und willkürlichen Schikanen. Peter Scherzl, in der JVA Rheinbach inhaftiert und an der Koordinierung der Proteste beteiligt, berichtet von zunehmenden Druck im Gefängnisalltag. Zensur kritischer Zeitungen und Briefe, Kontaktsperren, Isolationshaft sind mittlerweile ein alltägliches Instrumentarium in vielen Haftanstalten. Daher war der Fall von Nadine Tribian, erklärt er, nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Häftlingsinsassen brauchten keine längeren Erklärungen, sondern konnten die Situation der Frau sofort gut nachvollziehen.

Ralf Streck setzt bei telepolis diesen verzweifelten Aktionismus in direkten Zusammenhang mit den seit Monaten gehäuft auftretenden Selbstmorden und Mißhandlungen in deutschen Haftanstalten. Er erklärt, dass diese Verweigerung des existenziell Notwendigen auch für Seelsorger und bürgerliche Gefangenenorganisationen nicht überraschend kommt.

Die Zustände in deutschen Knästen sind katastrophal. Überbelegung, mangelnde Ausstattung, Arbeitszwang und Langeweile kennzeichen den Vollzugsalltag. Schließer, wie Inhaftierte werden allein gelassen und aggressiv gegeneinander gestellt. Die repressiven Isolationsorgane übernehmen aktiv die entrechtende Rolle und machen den Inhaftierten zum Objekt. Der psychische Druck wird so durch strukturellen ergänzt und hinterläßt totale Verzweiflung. Ungehorsame werden isoliert, gedemütigt und verfolgt. Kooperationswillige genießen Vorteile. Draußen nennt sich dieses Konzept Fordern und Fördern!

Dieser Kampf läßt sich nicht isoliert von den gesellschaftlichen Prozessen, die sich Optimierung, Produktivitätssteigerung und Objektivierung des Subjekts auf seine Fahnen schreibt, betrachten. Jedoch ist im Knast die Ablehnung dieser Mechnismen mit der existenziellen Bedrohung für Leib und Leben verknüpft. So veröffentlicht der Hungerstreik die staatlich repressive Verweigerung der Persönlichkeitsrechte und stellt sie als potenziell tödliche Unterlassung aus. Die Wahl des zivilen Ungehorsams, anstatt des Aufstandes, als Mittel des politischen Kampfes kennzeichnet ebenfalls die zunehmende Verzweiflung und Ohnmacht der Häftlinge!

Weitere Infos unter www.abc-berlin.net/hungerstreik und unter www.rote-hilfe.de



Schanzenviertelfest

Das Schanzenfest wird 20! Begonnen hat die Aneignung des öffentlichen Raumes als politische und kulturelle Intervention gegen das Musicalprojekt "Phantom der Oper". Die Bewegung entzündete sich "gegen Kommerzkultur". In den anschließenden Kämpfen entwickelte sich nicht nur die Rote Flora als autonomes Stadtteilkulturzentrum, sondern auch das heutige Straßenfest im Schanzenviertel.

Inzwischen hat sich der Stadtteil von der Problemimmobilie zum hippen Medienstandort und zur Feiermeile entwickelt. Ein glanzloser Kreativstandort für Massenware und Motor für abgenudelte Trends auf dem Weg zu Aldi Nord.

Die Begleiterscheinungen dieser kapitalistischen Kultur des Konsums sind vielfältig. Die Vertreibung von ärmeren Bevölkerungsschichten gehört ebenso dazu wie rassistische Sicherheitsdiskurse und eine Privatisierung des öffentlichen Raumes. Existenz wird als Markt und Ware begriffen. Ungenutzte Nischen oder Räume für abweichende Lebensentwürfe: Fehlanzeige!
Es ist kein Zufall, dass in diesem Rahmen auch sexistische Übergriffe und Männergewalt zunehmen. Wo "Toleranz" als Konzept einer ungehinderten Ökonomie verstanden wird, wird der einzelne zum Objekt einer kapitalistischen Konstruktion von patriarchaler Identität. Wo Anderssein als Marke und Massenware konsumiert wird, verliert Individualität ihren emanzipatorischen Charakter und reproduziert lediglich Normen und Gewaltverhältnisse.

Repression und Zwang zu konformen Lebensweisen geht nicht unbedingt von "oben" aus, sondern kommt immer auch aus der Mitte der Gesellschaft und uns selbst. Angriffe auf FrauenLesben, Schwule oder transgender Menschen in sogenannten Szenestadtteilen sind ebenso deutliche Zeichen der Brüche einer scheinbar toleranten Konsumgesellschaft wie rassistische Kontrollen oder Platzverweise. Unser Alltag und unsere Handlungen haben immer auch eine politische Komponente. Dies bedeutet, sexualisierte Gewalt nicht als private Erfahrung oder als individualisierte Grenzverletzung zu begreifen, sondern als ein strukturelles Gewaltsystem, das in diesem Alltag auch angreifbar ist.

Das Fest soll ein deutliches Zeichen gegen die Normalität von Männergewalt, Sexismus und Homophobie sein. Ein offener Raum für schwule, lesbische, queere und sonstige selbstgezimmerte Geschlechterrollen und Lebensentwürfe. Solche Zeichen bleiben zwangsläufig erstmal symbolisch. In solcher Symbolik liegt aber auch ein Hauch Revolte: Die Einladung an alle, sich gegen eine scheinbar unveränderliche Normalität der patriarchalen Gewaltverhältnisse in Szene zu setzen.

Es gibt zwar kein richtiges Leben im falschen, aber eines, das sich beständig selbst erfinden kann und darin eigene Begriffe von Solidarität, Selbstbestimmung und Kollektivität entwickelt. Es kann ein Fest sein, wenn es gelingt, die Destruktivität der herrschenden Ordnung temporär außer Kraft zu setzen. Zusammen feiern und Raum für selbstbestimmte Inszenierungen schaffen für und mit allen, die aufgehört haben, sich mit dem autoritären Alltag zu versöhnen.

08

**KOMMERZKULTUR
MÄNNERGEWALT
HETERONORMATIVITÄT
SEXISMUS UND
HOMOPHOBIE
IM ALLTAG
ANGREIFEN!**



NO STAGE FOR HOMOPHOBIA

keine bühne für beenie man

für queeres fluten weltweit

Am 20.8. sollte im Knust ein Konzert des jamaikanischen Musikers Beenie Man stattfinden. Dieser hat in Texten wiederholt zu Gewalt und Morden gegen Schwule in Jamaika aufgerufen. Das Knust hätte damit eine Bühne geboten für einen faschistoiden Sänger, der von einem "neuen Jamaica" träumt und alle dazu einlädt, Schwule zu exekutieren ("I'm dreaming of a new Jamaica, come to execute all the gays" aus dem Song Damn).
Für uns sind die agressiven Mordaufrufe von Beenie Man keine Kunst und auch keine Meinung sondern ein Verbrechen! In Deutschland wurden während des Nationalsozialismus neben Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti und sog. Behinderten auch Schwule und Lesben systematisch verfolgt und vernichtet. Eine Dancehall Lyrik, die an diese Geschichte in faschistoider Weise anknüpft, ist auf keine Weise tolerierbar. Es mag nicht direkt mit dem Beenie Man Konzert in Berlin zusammenhängen, dass unmittelbar zuvor die dortige Gedenkstätte für Schwule und Lesben zerstört wurde. Es ist aber ein deutlicher Ausdruck dafür dass Gewaltverherrlichung in Texten ihren Ausdruck in den Köpfen und auf der Straße findet. Hier, in Jamaika und überall.

Dieses Konzert darf nicht stattfinden!

Dass es bei Mordaufrufen in Liedern von Musikern wie Beenie Man, T.O.K., Elephant Man, Capleton, Bounty Killers oder Buju Banton nicht bei der Lyrik bleibt, zeigt beispielhaft der Tod von Brian Williamson. Dieser wurde am 9. Juni 2004 in seiner Wohnung in Kingston ermordet. Die Leiche wies unzählige Stichwunden an Hals und im Gesicht auf, die Kehle war durchschnitten. Williamson war der bekannteste schwule Bürgerrechtler der Insel und 1998 Mitbegründer der ersten schwullesbischen Organisation Jamaikas, J-Flag. Menschenrechtler befürchten, dass der Aktivist einem für Jamaika typischen Hassverbrechen zum Opfer fiel. Darauf deute auch der Zustand der Leiche hin. Einen Jamaikaner als "batty boy" oder "chi chi man" (schwuler Mann) zu bezeichnen, gilt als eine der größten Beleidigungen auf der Karibikinsel. So wird dieser "Vorwurf" in Wahlkampfzeiten auch gerne gegen den politischen Gegner erhoben. Zusätzlich angeheizt wird das homophobe Klima durch junge Dancehallbands, die in ihren Songs offen zum gay bashing (Schwulenklatschen) und gar zur Tötung schwuler Männer aufrufen. 2001 war der Song "Chi Chi Man" der Band T.O.K. (siehe Kasten) acht Wochen lang die Nummer 1 der World Reggae Charts. Die konservative "Jamaica Labour Party" (JLP) war sich nicht zu schade, den Hit zu ihrer Hymne im Wahlkampf zu machen.

Keine Toleranz für patriarchale Gewalt!

"Schwule auf Jamaika leben in Todesangst", erklärte ein Vertreter von J-Flag 2006 während eines Podiums. "Wir haben das Recht, so zu sein, wie wir sind. Dafür kämpfen wir. Ich musste selbst mit ansehen, wie mein Freund Victor auf der Strasse zu Tode geschlagen wurde, wie er um sein Leben bettelte. Ich war nur 40 Meter entfernt und konnte nichts für ihn tun. Die Polizei hat das überhaupt nicht interessiert. Als Zeuge wurde ich ausgelacht. Es gibt auf Jamaika keine Gerechtigkeit." Nach Angaben von J-Flag wurden auf der Karibikinsel Jamaica seit 1997 rund 30 Schwule ermordet. Homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen gelten seit dem 19. Jahrhundert als Verbrechen und Analverkehr wird mit bis zu zehn Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit geahndet. "Wenn du Kondome benutzt, bist du gleich schwul", so der J-Flag Aktivist. "HIV-Positive trauen sich nicht, nach Medikamenten zu fragen, weil sie Angst haben, als schwul zu gelten. Und unsere Regierung hört nicht auf uns. J-Flag sind in Jamaika die Hände gebunden. "Wir beraten und unterstützen Opfer antischwuler Gewalt, machen Präventionsarbeit im Bereich HIV und AIDS. Gegen Dancehall aber kommen wir hier nicht an. Deshalb ist der Druck aus dem Ausland wichtig. Wir bitten Euch, nicht nachzulassen in Eurem Engagement gegen homophobe Musiker aus Jamaika. Das hilft uns, und vielleicht werden auch die Musiker irgendwann ein Einsehen haben, denn es geht ja auch um viel Geld. Bis dahin werden sie uns weiter schlagen."
Das Konzert sollte nach verschiedenen Protesten erst doch noch stattfinden, weil Beenie Man sich bereiterklärt hatte eine formale Erklärung gegen Schwulenfeindlichkeit, den REGGAE COMPASSIONATE ACT II, zu unterschreiben. Eine ebensolche Erklärung wurde 2007 jedoch nach dem Ende seiner Tour umgehend widerufen. Im Jamaika Observer erklärte er am 22. 07.2007, es handele sich nur um eine Reaktion der europäischen Promoter, die unter dem Druck von Bürgerrechtsgruppen entstanden sei. Auch werden die alten Songs weitervertrieben. Notwendig wäre eine ernstzunehmende Distanzierung seinen eigenen Aufrufen zur Gewalt. Doch

T.O.K.: Text von Chi Chi Man [schwuler Mann] 2001

"Meine Leute, mein Volk, stellt Regeln und Gesetze auf, wir sind die Bandenführer des ganzen Gebiets, . Wenn sie zusammen ins Auto eines Schwulen steigen, schür das Feuer, verbrennt sie. Wenn sie in einer Schwulenkneipe was trinken, schür das Feuer, verbrennt sie. sie bringen uns all ihr schmutziges Tun, Männer - vielen von ihnen lieben es von hinten. Wenn sie es zu uns bringen, werden viele Kugeln fliegen, Kugeln fliegen, nehmt eure Gewehre und schießt rat-tat-tat rat-tat-tat, jeder Schwule wird sterben müssen, sterben"

Weder der Vertrieb seiner Mordaufrufe wurde bis heute gestoppt, noch bringt er eigene Statements auf die Bühne, die unmißverständlich für Solidarität und Respekt gegenüber schwulen, lesbischen oder queeren Lebensentwürfen einstehen.
Erst nach Intervention von verschiedenen Seiten kam es zu einer Konzertabsage. Die Begründung vom Knust - "Die aktuelle Entwicklung der Diskussion zum Konzert des o.a. Künstlers in unseren Räumen hat in den letzten 24 Std. eine für uns gefährliche Eigendynamik entwickelt." - Hört sich leider überhaupt nicht nach politischer Einsicht an, sondern vermittelt den Eindruck lediglich auf äußeren Zwang hin gehandelt zu haben. Die Absage des Auftritts war ein richtiger Schritt! Aber wir fordern vom Knust, auch nach dieser Absage eine öffentliche und deutliche Distanzierung von Beenie Man und Homophobie. Das Unterschreiben einer formalen Erklärung von Beenie Man reichte für uns jedenfalls keinesfalls aus, um dessen Auftritt zu akzeptieren.

Beenie Man: Songtext von All Battyman Fi dead veröffentlicht im April 2004

"Was sollst du nicht tun? Arschficken. Was sollst du nicht tun? Schwanzlutschen. Bring alle schwulen Männer um, die Analsex haben, schieß sie tot. Wenn du Sex hast mit einem anderen Mann, sollst du mit Kupfer- und Bleikugeln getötet werden. Ein Mann soll keinen anderen Mann in seinem Bett haben, alle schwulen Männer sollen ermordet werden, erschießt sie … Wir werden ihnen sogar die Augen herausschneiden … Ich hol mein Gewehr heraus und schlag ihnen damit die Stirn ein. Manche Mädchen sind lesbisch und haben Oralsex mit anderen Mädchen, während einige eklige Schwule Zungenküsse austauschen, eklige Schwule ficken andere Männer, den Schwulen sollen die Köpfe abgerissen werden … Du bist andersrum, wenn Du Analsex hast … Ich hab einige Gewehrkugeln aus Zaire für Schwule. Sie sagen, du sollst dich von mentaler Sklaverei emanzipieren, aber Schwule übernehmen den Emancipation Park [ein neuer öffentlicher Park in Kingston], lasst uns zum Park gehen, ich habe gehört, Schwule machen Bilder im Park … einige Köpfe sollten abgehackt und einige Leben ausgelöscht werden."

Papier ist geduldig, wir sind es nicht!

Weil wir Hetze gegen Schwule und Lesben ebenso wenig dulden wie Faschismus, Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus! Weil der Kampf um Selbstbestimmung auch sexuelle Selbstbestimmung einschließt und wir gegen alle gesellschaftlichen Zwänge und Normen kämpfen, die uns vorschreiben wollen, als was und wie wir leben sollen in einer Welt des heteronormativen Terrors. Weil Homophopie sich ebenso wenig mit Kolonialismus legitimieren lässt wie Rassimus mit sexistischen Stereotypen. Weil die Welt eben nicht einfach ist und wir alle, ob wir wollen oder nicht, kreuz und quer mittendrin in der Scheiße stecken.

Solidarität mit schwulen, lesbischen und queeren Lebensentwürfen in Jamaika und überall! Für die Anerkennung von Fluchtgründen aufgrund sexistischer und homophober Gewalt! Für ein herrschaftsfreies Leben ohne kapitalistische Zwänge und patriarchale Normen!

Autonome im Viertel

Spektrenübergreifende Perspektiventage In Bewegung bleiben!

2. bis 5. Oktober 2008, Hamburg, HWP Von-Melle-Park 9

Der Widerstand gegen den G8-Gipfel hat Viele und Vieles bewegt. Um die Erfahrungen auszutauschen und neue Ideen zu entwickeln fanden im Januar 2008 überregionale Perspektiventage in Berlin statt. 500 ganz unterschiedliche Menschen kamen zusammen, tauschten sich aus und schmiedeten Pläne. In der Zwischenzeit ist viel passiert: Kämpfe gegen Privatisierung (u.a. die Erfolge von Mediaspree versenken), Arbeiter_innenkämpfe, Freiraumtage, Mayday, Kommunegründungsprojekte, … und nicht zu vergessen die Mobilisierungen zu den Aktionscamps: Antirassismus- und Klima- in Hamburg, Antimilitarismus- in Büchel und die Proteste gegen das Bombodrom. Die zweiten Perspektiventage sollen diesbezüglich auch wieder Zeit für Auswertung bieten. Was ist gelaufen und wie war es? Doch nicht nur Auswertung, sondern auch Grundsätzliches: Platz sich über Sprektren- und Bewegungsgrenzen hinweg zu streiten, zu kritisieren, Analysen zu formulieren und vor allem Neues anzugehen. Es wird wieder einen offenen Raum geben, wo alle ihre Ideen und Vorhaben einbringen können. Verschiedene große Mobilisierungen haben sich da bereits angekündigt, bzw. wurden angefragt: 60 Jahre Nato in Straßbourg, Klimagipfel in Kopenhagen, G8 in Italien, Sozialproteste, Sozialforen, Arbeitskämpfe, Anti-Castor, Anti-Repression, Prekarisierung, Kampf gegen Privatisierung ....

Wir sind gespannt auf weitere Ideen, bitte mail uns, wenn ihr einzelne Themen einbringen wollt, bzw. mit vorbereiten wollt. Wir freuen uns über einen regen Austausch!
kontakt@perspektiventage.de

Die Perspektiventage werden wieder keine Konferenz, sondern eine möglichst offene und hierarchiefreie Form annehmen. Es geht um einen Mix aus Inputs, Plena, offenen Diskussionsprozessen in Kleingruppen, klare Strukturen und inhaltlicher Freiheit. Wir brauchen noch Unterstützung bei der Vorbereitung, wenn du in der Orgagruppe mitmachen willst maile bitte an:
kontakt@perspektiventage.de

Die Vorbereitungsgruppe der Perspektivtage besteht bis jetzt nur aus Menschen die nicht aus Hamburg sind. Sie wünscht sich jedoch dringlichst Unterstützung von Hamburger_innen. Welche Interesse haben mitzumachen können sich per mail melden.

[Das Programm der Perspektivtage findet ihr auf der Rückseite unter den Terminen! die Red]

HART BACKBORD!

Für etwas Besseres als die Nation!

3. Oktober: Kein Grund zum Feiern!

Vom 3.bis 05. Oktober finden in Hamburg die offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit unter dem Motto "Kulturnation Deutschland" statt. Geboten werden soll ein "Bürgerfest" mit Wurstbude, Deutschpop, Klassik, Boot und einer seichten Brise politischer Agitation. Zusammen mit mehreren 100 000 Besucher_innen soll hier patriotische Begeisterung gepflegt und als Event inszeniert werden "Hamburg möchte mit dem Kulturfest in der HafenCity und der Speicherstadt ein Zeichen setzen und demonstrieren, dass der Tag der Deutschen Einheit ein ganz besonderes Ereignis ist, das man fröhlich und dennoch anspruchsvoll feiern kann." so der Geschäftsführer der Hamburg Marketing GmbH. Wenn an diesem Tag die selbsternannte Elbmetropole die Gelegenheit nutzen möchte, um ihr elitäres Protzprojekt Hafencity in Szene zu setzen, und das offizielle Deutschland sich anschickt, sich in leitkultureller Vielfalt zu präsentieren, wollen wir das nicht umkommentiert lassen und unseren ganz eigene Vorstellung von "anspruchsvoll feiern" ins Spiel bringen. Dem reaktionären Einheitstaumel im Gewand kultureller Vielfalt setzen wir unsere Unversöhnlichkeit mit der Nation und den herrschenden Verhältnissen von Unterdrückung und Ausbeutung entgegen.

Nation, Staat und Kapital

Erster Ansatzpunkt für unsere Kritik an Nation und Nationalismus ist das Verhältnis von Staat und Kapital. Der moderne Staat ist die politische Form, mit der sich geschichtlich das Kapital und die bürgerliche Gesellschaft entfaltet haben. Auch wenn die Politik stets ihr eigenes Süppchen kocht, war und ist es die Aufgabe des Staates als "ideeller Gesamtkapitalist" den Laden am Laufen zu halten. In dieser Funktion gewährleistet er zwar bürgerliche Freiheiten und formale Gleichheit - aber eben nicht mit dem Ziel der Verwirklichung einer befreiten Gesellschaft ohne Not und Zwang, sondern um die auf Privateigentum basierende kapitalistische Produktionsweise nach Innen wie auch im internationalen Maßstab durchzusetzen und abzusichern. In diesem Sinne zielt der moderne Staat auf die Aufrechterhaltung ökonomischer Ausbeutung - gestützt auf weitere gesellschaftlich etablierte Hierarchien, wovon geschlechtliche Arbeitsteilung und patriarchale Strukturen ein wichtiger Bestandteil sind.

Der bürgerliche Staat konnte nun aber nicht einfach im luftleeren Raum entstehen, sondern es bedurfte eines allgemeinen Bezugsrahmens, um die Gesellschaft unter seine Fittiche zu bringen. An dieser Stelle kommt die Nation ins Spiel. Weit davon entfernt, eine natürlich vorgefundene Gegebenheit zu sein, auf die einfach zurükkgegriffen werden konnte, ging es in erster Linie erst einmal überhaupt darum, sie zu erfinden. Zu ihrer Konstruktion erfolgte der Rückgriff auf Geschichte, Kultur und Tradition, um Sinn- und Identitätsstiftendes herbeizuzitieren. Diese Schaffung eines nationalen "Wir" erschöpfte sich dabei nicht in einem positiven Selbstbild, sondern beruht immer auch auf dem Ausschluss anderer. Es bedarf ihrer zur Abgrenzung, um das Konglomerat von Menschen, die ein Territorium bevölkern oder eine Sprache sprechen, zu einer Nation zu erhöhen und als privilegierte Gemeinschaft zu bestätigen. Durch diese Homogenisierung wurde Gesellschaft handhabbar. Nation und Nationalismus waren die Formen, sie in die institutionelle Matrix des kapitalistischen Staates zu integrieren.

Wenn auch aus Hirngespinsten geboren, war mit der Nation etwas entstanden, das nicht in den Wolken hocken blieb, sondern zu einem realen gesellschaftlichen Prinzip heranwuchs. Besonders in Krisenzeiten mauserte sich die erfundene Gemeinschaft zum ideologischen Kitt auseinanderstrebender Verhältnisse. Durch die Identifikation mit der gegebenen Ordnung wurden die Menschen an ihre eigene Unterordnung und Ausbeutung gefesselt (oder fesselten sich selber). Dabei profitierten sie durch ein Gefühl der Zugehörigkeit und - wenn auch begrenzte - materielle Vorteilnahmen gegenüber all denjenigen, die ausgeschlossen blieben. Der Nationalismus lieferte so auch oftmals die ideologische Grundlage für ein repressives Vorgehen gegenüber Abweichung und Dissidenz. Und schließlich bildete er einen Ausgangspunkt für die aggressive Expansionspolitik der Europäer und die Organisation globaler Ausbeutungsverhältnisse. Erst Rassismus und Kolonialismus und später die imperialistische Konkurrenz um die Aufteilung der Welt waren der geschichtliche Ausdruck dieses Zusammenspiels von Selbstkonstruktion, Überhöhung und Ausbeutung. Die (europäische) Geschichte der Nation und des Nationalismus ist eine Geschichte der Gewalt, eine Geschichte von Unterwerfung und Selbstunterwerfung. Also, kein Grund zum Feiern.

Deutsche Verhältnisse

Den eklatantesten und einmaligen Ausdruck fand die Dynamik aus Krise und nationaler Erweckung in der deutschen Geschichte: Abwendung von den emanzipatorischen Versatzstücken der bürgerlichen Revolution, Hinwendung zum autoritären Obrigkeitsstaat, die rassistische und antisemitische Konstruktion einer Volksgemeinschaft und schließlich die antisemitische Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus, die in der Shoah kulminierte.

Nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg, war der positive Bezug auf die eigene Nation erst einmal verunmöglicht. Die Geschichte wurde verdrängt und tabuisiert. Bewegung kam in diese Verhältnisse mit der Wiedervereinigung 1989/90. Der Taumel der Einheit war gefolgt von einer Welle offensiver rassistischer Übergriffe auf Migrant_innen. In Rostock, Mölln und Hoyerswerda fand die Parole "Wir sind ein Volk" einen gewaltförmigen Ausdruck. Das offizielle Deutschland folgte dem durch den Mob vorgegebenen Kurs und schaffte 1993 das Asylrecht de facto ab. Die sich vollziehende Neukonsolidierung einer gesamtdeutschen Nation, gemahnte eindringlich an die Schatten der Vergangenheit.

Auch wenn völkischer Rassismus und Antisemitismus damit zum Alltag im vereinten Deutschland gehören, standen sie den Normalisierungsbestrebungen der 90er Jahre eher im Wege. Rot-Grün leitete schließlich die entscheidende "Wende" ein und schickte sich an, Deutschland den An-

strich einer "geläuterten Nation" zu verpassen, indem ein vermeintlich kritischer Bezug auf den NS in eine positive Strategien zur Modernisierung der deutschen Nation gewendet wurde: Nicht mehr aufgrund der Vergangenheit sollte auf jegliches militärische Gebaren verzichtete werden, sondern wegen Auschwitz wurde eine als "Übernahme von Verantwortung" titulierte Kriegspolitik zum Gebot der Stunde. Auch ein allzu offen und gewalttätig auftretender Rassismus und Antisemitismus passten nicht mehr in das Konzept. In der Folge eines Brandanschlags auf die jüdische Synagoge in Düsseldorf in der Nacht auf den 3. Oktober 2000 wurde der "Aufstand der Anständigen" ausgerufen und politisches und zivilgesellschaftliches Engagement "gegen Rechts" angemahnt.

Sicherlich sind diese Bemühungen aus vergangenheitspolitischer und antifaschistischer Sicht als eine Farce zu bewerten. Stellen sie doch nicht die Voraussetzungen in Frage, auf denen der NS beruht hatte, sondern verkörperten den Versuch, den Bezug auf die deutsche Nation zu rehabilitieren. Nichtsdestotrotz kann diese Umorientierung aber auch Effekte für sich verbuchen. Ohne die Kontinuitäten völkischen Denkens völlig abzulösen, werden die Frage der Zugehörigkeit zur deutschen Nation gegenwärtig vor allem als Fragen der Kultur und der kulturellen Differenz verhandelt. Als leicht verdauliche, folkloristische oder ökonomische "Bereicherungen" durchaus erwünscht, sind dem Spiel der Unterschiede gleichsam klare Grenzen gesetzt. Wer sich als verwertbar zeigt, ist willkommen. Und wer es nicht ist oder gegen die Spielregeln verstößt, soll bitteschön brav "zu Hause" bleiben oder schnell wieder gehen. Als Preis und als Kehrseite multikultureller Greencard-Toleranz lautet die Devise Anerkennung der "deutschen Leitkultur" bzw. "Integration" in die "Kulturnation Deutschland".

Im massenkulturellen Mainstream hat der neue zivilgesellschaftlich ausstaffierte Kultur-Nationalismus seinen Ausdruck etwa zur Männer-Fusball-WM 2006 und zur EM zwei Jahre später gefunden. Unter dem Motto "schwarz-rot-geil" wurde dort ein überschwängliches Bekenntnis zur deutschen Nation zur Schau getragen. Frei von jedem kritischen Selbstverhältnis machte sich ein Ressentiment gegenüber etwaigen Störungen und Abweichungen Luft. " Die immer schlecht gelaunten Miesmacher brauchen wir nicht!", ließ die Bildzeitung verlauten, während unterdessen einige aufrechte Patrioten die ein oder andere Dönerbude zu Bruch schlugen. Statt einer Hinterfragung der deutschnationalen Possen, wurde das Geschehen - wie schon so oft - auf den Status eines Betriebsunfalls heruntergespielt. Pointiert kommt hier die Brüchigkeit des "antifaschistischen" Credos der Berliner Republik zum Ausdruck. Unter dem Mantel zivilgesellschaftlicher Vielfalt und Friedfertigkeit manifestiert sich immer wieder der latente Chauvinismus in handfesten Dominanzgebärden. Und auch das ist nun wirklich kein Grund zu feiern.

Kulturnationale Untiefen

Das Vorhaben, den 3. Oktober in diesem Jahr unter dem Motto "Kulturnation" zu zelebrieren, stellt den Versuch dar, das überaus fragwürdige Modernisierungsprojekt "Deutschland" weiter voranzutreiben. Die scheinbar harmlose Inszenierung als Kulturveranstaltung zielt darauf ab, die Vernutzung von Kultur als Ressource für das deutsche Nationalgefühl weiter auszubauen und die deutsche Geschichte als einen positiv gewendeten Mythos neu aufzurichten. Verfolgt wird eine Geschichtskonstruktion, die vor dem Nationalsozialismus ansetzt und bemüht ist, neben kulturellen Bräuchen das "Schöne und Gute" hinter den Massakern der deutschen Historie wieder zu entdecken. Sollte dies gelingen, wäre hier eine weitere famose Verdrängungsleistung zu besichtigen. Denn dass die ältere deutsche Geschichte immer auch die Vorgeschichte des Nationalsozialismus gewesen ist, wird in dieser Aufbereitung sicherlich kein Thema sein. Übrig bleiben die "Gräuel des Hitler-Regimes" als unbegriffenes Makel auf der weißen Haut. Als solches dürfen sie dann dazu herhalten, in eine sich antifaschistisch gebärdende Staatsdoktrin einzufließen, die, anstatt Kapital und Nation und damit auch ihre eigenen Grundlagen in Frage zu stellen, die Verdrängung der eigenen Geschichte erneuert und in eine modernisierte Variante deutschnationaler Formierung überführt.

Einen pointierten Ausdruck wird das Ganze sicherlich in dem Bürgerfest um den 03. Oktober in der Hafencity finden. Denn dort wird nicht nur Hamburger Aalsuppe und Thüringer Bratwurst gereicht werden, auch die "multikulturelle Vielfalt" Deutschlands soll repräsentiert werden. Solange diese "Vielfalt" unter ökonomischen Gesichtspunkten nützlich erscheint und den leitkulturellen Richtlinien gerecht wird, darf sie dazu beitragen die Befindlichkeit des Landes in ein allgemeines Wirgefühl zu überführen. Eine Befindlichkeit, die nichts mehr von ihren eigenen Unterdrückungs- und Ausschlussmechanismen weiß und von so Einigem aus ihrer Geschichte eigentlich auch nichts mehr so recht hören will.

Showground Hafencity: Aufforderung zum Tanz Auch in der lokalen Konstellation des Ortes, an dem der Einheitsevent starten soll, spiegelt sich einiges von dem herrschaftsförmigen Zusammenspiel von Teilhabe und Ausschluss, wie es sich auch im Projekt einer deutschen Nationalkultur abzeichnet. Hinter der freundlich maritimen Fassade, mit der die Hansestadt die "Marke Hamburg" der bundesdeutschen Öffentlichkeit präsentieren will, verbirgt sich mit der "Wachsenden Stadt" eine stadtentwicklungspolitische Programmatik, die auf eine neoliberale Standortpolitik und deren repressive Absicherung setzt. Mit Hafencity ist in diesem Zusammenhang ein Quartier aus dem Boden gestampft wurden, dass sich als Ort zum Wohnen und Arbeiten klar an Besserverdienende richtet. Auf appellativer Ebene sollen sich zwar alle Hamburger_innen für dieses Glanzstück begeistern, vor Ort willkommen sind sie deswegen jedoch noch längst nicht. Zugleich ist die Hafencity auch sinnbildlich für die Unsichtbarmachung der Geschichte. Spuren aus der Kolonialzeit und dem Nationalsozialismus sind in der Neubebauung des Gebietes weitestgehend getilgt worden, während mit dem Tamm-Museum eine der größten maritime Militaria- und Devotionaliensammlung mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung durch die Stadt hier ihren Platz gefunden hat.

Wenn sich also am 3. Oktober diesen Jahres in der Hafencity das Projekt einer deutschnationalen Formierung als "Kulturnation" mit der neoliberal-autoritären Stadtpolitik Hamburgs wie in einem Brennglas überschneiden und durchkreuzen werden, ist es der richtige Ort und die richtige Zeit um der Kritik an diesen Verhältnissen einen Ausdruck zu verleihen. An diesem Tag wollen wir daher die Hansestadt ein weiteres Mal zur Bühne handgreiflicher Kritik, von Dissidenz und Aufbegehren machen und der deutsch-nationalen Formierung einen Stock zwischen die Beine werfen! Dabei halten wir es gerne mit den Verlautbarungen der für das den Feierlichkeiten entsprechende Ambiente zuständigen Hamburg Marketing GmbH: "Radau! zu machen, ist an allen drei Tagen natürlich kostenlos."

Gegen Rassismus und Antisemitismus, Kapitalismus und Nation!

03.10. Demonstration und Plan B
2:00 St-Pauli-Hafenstraße

03.10. Veranstaltung und Konzert
im Uebel & Gefährlich

04.10. Veranstaltungsreihe
zur Kritik an Staat und Nation auf St. Pauli

04.10. Party
in der Roten Flora

Achtet auf weitere Ankündigungen und Infos unter



Antira und Klima Camp

Ein kurzer Rückblick auf einige Aktionen

Vom 17. bis 24.08 fand in Hamburg das Antira und Klima Camp statt. Während dieser Woche fanden vielfältige Aktionen statt. Hier sollen nur einige exemplarisch erwähnt werden.

Eine gelungene Auftaktaktion war am Montag. "Möhren" und "Rettiche" eroberten Obst- und Gemüsekisten aus einem ALDI-Supermarkt. Anschließend blockierten rund 300 AktivistInnen den Supermarkt in Hamburg-Altona.

Sie entrollten Transparente („Globale Soziale Rechte aneignen!“, "Supermärkte = Klimakiller", "Luxus für alle = Bio für alle"). Diese Aktion brachte die Idee eines gemeinsamen, übergreifenden Klima- und Antirassismus-Camps auf den Punkt.

Am Dienstag ging es dann nach Lübeck. Etwa 300 Menschen protestierten vor der Akademie der Bundespolizei. Dort hält unter anderem die europäische Grenzschutzagentur Frontex Seminare ab. Hauptaufgabe der Frontex ist es ungewollte Migration nach Europa zu verhindern. Anschließend fand eine Demo durch die Lübecker Innenstadt statt.

Am Mittwoch wurde der Ausländerabteilung der Einwohnerbehörde Kümmelstraße ein Besuch abgestattet. Hierbei wurde Farbe versprüht, Fenster gingen zu Bruch und PCs wurden unbrauchbar gemacht. Gleichzeitig gab es eine Aktion gegen Bau des ILISU-Staudamms in der Türkei.. 200 AktivistInnen beteiligten sich bei der Kundgebung gegen den Bau des ILISU-Staudamm. Auf der Alster waren AktivistInnen mit Booten und Protestschildern unterwegs. Mit Straßentheater wurde die Situation in Hasankeyf und die Beteiligung europäischer Firmen thematisiert. Symbolisch wurde Hamburg versenkt und die HamburgerInnen von Züblin Mitarbeitern zu Umsiedlung aufgeforder

Am selben Tag fand auch eine erste Besetzung der Baustelle Kohlekraftwerkbaustelle in Moorburg statt. Dabei kletterten fünf AktivistInnen auf hohe Baukräne und seilten sich mit einem Transparent („Energiekonzerne enteignen“) ab.

Am Donnerstag wurde zum ersten Mal der "Goldene Haufen Scheiße" verliehen. Dieser Preis der Stiftung "Scheiße wem Scheiße gebührt" wird ab jetzt jährlich verliehen. Ausgewählt werden Institutionen, Behörden und Unternehmen, die in Sachen menschenverachtendes Handeln, Vorantreibung des Klimawandels sowie Umwelt- und Naturzerstörung besonderes Engagement an den Tag legen. Der diesjährige Gewinner ist, tata tuff tärä: Die Ausländerbehörde Hamburg.

Diese Behörde legt fest wer als deutsch definiert wird und wer nicht, und entscheidet dadurch, wer hier leben darf und wer nicht. Für dieses ganz besonders menschenverachtende Engagement erhält die Ausländerbehörde den goldenen Haufen Scheiße und andere Verzierungen. Der Haufen wurde frei Haus geliefert und direkt vor der Haustür abgeladen.

Am gleichen Tag fand auch eine Besetzung des französischen Konsulats statt. Anlässlich des Aktionstages gegen Abschiebungen haben etwa 40 Personen mit dieser Aktion ihre Solidarität mit den Kämpfen der Insassen in Abschiebegefängnissen gezeigt wie auch die Forderung nach der Freilassung von drei Aktivist_innen und der Einstellung derer Verfahren zu stellen, von denen zwei weitere Personen betroffen sind, die unter strenger richterlicher Kontrolle stehen.

Am Freitag ging es dann zum Flughafen. Über 100 Menschen blockierten hier die Zugänge und Terminals, Terminal 1 musste zeitweilig die Arbeit einstellen. Es wurde eine politische Hochzeit aufgeführt. Transparente wurden entrollt, es gab Rollkofferdemos, Lesungen, Sprechchöre und zahlreiche Flugblätter für die wartenden Fluggäste und das Personal.

Samstag ging es dann erneut nach Moorburg. Über 700 Menschen machten sich auf den Weg, um die Kraftwerksbaustelle Moorburg zu besetzen. Der Protest richtete sich gegen die geplante Errichtung eines der größten Kohlekraftwerke Deutschlands. Die Organisation macht mit mit dieser Aktion darauf aufmerksam, dass mit einer Inbetriebnahme der CO_2-Ausstoß der Stadt Hamburg um 40% steigen würde.

Insgesamt beteiligten sich über 1500 Menschen an dem Camp und den Aktionen. Erste Auswertungen und wie es mit den Camps weitergehen wird, soll auf einem demnächst stattfindenden Auswertungstreffen diskutiert werden, achtet auf die Terminankündigung.



DOKUMENTATION: FÜR FREIES FLUTEN !! ABSCHIEBESTADT HAMBURG ANGREIFEN

Zwischen dem 11. und 13.08.2008 haben wir zur Begrüßung des in wenigen Tagen beginnenden Antirassismus- und Klimacamps in Hamburg eine Reihe von Aktionen gemacht gegen leitende Beamte der Ausländerbehörde und gegen Fahrzeuge von Firmen, die an der Einrichtung und dem Betreiben von Lagern für Flüchtlinge verdienen.

Bei den Beamten der Ausländerbehörde handelt es sich um:

- Ralph Bornhöft, seit über 15 Jahren Leiter des Einwohnerzentralamtes, berüchtigt und verhasst für seine gnadenlose Praxis, Vorgesetzter der Ausländerbehörde. Die Fassade seines Wohnhauses wurde verschönert.

- Carsten Mahlke ist seit ca. 10 Jahren in der Ausländerbehörde tätig, "Abschnittsleiter Rückführungsangelegenheiten". Er leitet und koordiniert Abschiebeaktionen und führt persönliche nächtliche Überfallkommandos der Behörde an. Sein Auto wurde abgefackelt.

- Gunnar Eisold ist auch seit ca. 10 Jahren dabei. Er war Referent von Bornhöft später wurde er Leiter der Abteilung "Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten". Jetzt arbeitet er als "Referent für die zentrale Erstaufnahme". Für die SPD sitzt Eisold in der Hamburger Bürgerschaft. Bei ihm wurden Scheiben eingeworfen und Farbe an die Fassade.

Diese Schreibtischtäter garantieren im Dienste europäischer und deutscher Flüchtlingspolitik die unerbittliche Kontinuität der Arbeit des Abschiebeapparates in Hamburg. Die Härte des Vorgehens der Hamburger Ausländerbehörde blieb unter sich verändernden Regierungsverhältnissen relativ konstant. Ob der Innensenator ein Sozialdemokrat, Schill oder ein CDU-Anhänger war, Hamburgs Abschiebepolitik bemühte sich stets bundesweit die Nase vorn zu haben. Die Abschiebezahlen wurden in die Höhe getrieben, Abschiebungen in Kriegsgebiete wie zuletzt nach Afghanistan forciert. Die Ausländerbehörde arbeitete findig daran, Schlupflöcher in ihrem engmaschigem Netz zu schließen. Durch das systematische Älter machen von jugendlichen unbegleiteten Flüchtlingen im Institut für Rechtsmedizin, wo Achidi John ermordet wurde, sank die Zahl jugendlicher Flüchtlinge in Hamburg. Die meisten sind in andere Bundesländer "umverteilt" worden. "Botschaftsanhörungen" sind in der Behörde inszeniert worden, um an Dokumente für Abschiebungen zu kommen. Neue "Stabsstellen für Controling u nd internationale Zusammenarbeit" wurden eingerichtet, um die Organisierung von Sammelabschiebungen via Charter auch in europäischer Zusammenarbeit voranzutreiben. In der Vergangenheit schuf die Behörde bereits neue Stellen für Abschiebeärzte (u.a. zur Begleitung der Flüge), da die "normalen" Amtsärzte oft die Reisefähigkeit derjenigen, die ausgeflogen werden sollten, in Frage stellten.

Die unwürdigen Verhältnisse auf der Bibby Altona und im Lager in Horst gehen auch auf das Konto der Behörde.

Die Hamburger Abschiebepolitik wird sich auch unter der jetzigen schwarz-grünen Regierung wenig verändern. Noch während der Koalitionsverhandlungen wurde eine Familie anlässlich der Abschiebung nach Armenien getrennt. Lediglich zwei Familienmitglieder konnten in Hamburg bleiben, da nötige Ausweispapiere fehlten. Abschiebungen nach Afghanistan sind in den Koalitionsvereinbarungen nur "bis auf weiteres" ausgesetzt und das auch nur für Familien mit Kindern. Straftäter_innen werden selbstverständlich abgeschoben.

Mit Feuer - und wo es aus Rücksicht auf dicht parkende Autos Unbeteiligter nicht anders ging mit anderen Hilfsmitteln - haben wir mehrere Autos der Firmen Dussmann und K+S (Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung) in Hamburg und Pinneberg sabotiert. Dussmann und K+S verdienen an der menschenunwürdigen Lagerunterbringung von Flüchtlingen u.a. in den Lagern Motardstrasse in Berlin und Katzhütte in Thüringen. K+S ist seit den 80ern ein Branchenriese im "Asylheimgeschäft" u.a. mit "Rundumsorglospaketen" inklusive Wachdienst und Verpflegung. Dussmann versorgt das von der AWO in der Motardstrasse betriebene Lager mit Lebensmitteln übler Qualität. Für die Schließung beider Lager gibt es seit längerem Kämpfe, mit denen wir uns solidarisieren.

Shut down fortress Hamburg!
Shut down fortress Europe!

Militante Antirassistische Gruppe Gegen Das Imperium (M.A.G.G.I.)

Für Interessierte, die ihre Beschwerden persönlich bei den Schreibtischtätern abgeben möchten, hier ihre Adressen:
Gunnar Eisold, Maienweg 243, Hamburg
Ralph Bornhöft, Schanzenberg 9, Hamburg
Carsten Mahlke, Steddorfer Strasse 10, Bienenbüttel



Anti-G8-Demo

Am 12.7. fand eine Demonstration gegen den G8 Gipfel in Japan statt. 180 Menschen nahmen teil.

Die Demo startete gegen 20:45 Uhr von Landungsbrücken und wurde schon zu beginn von lautstarken Parolen unterstützt. Ca. 180-200 teilnehmer irritierten die Menschen rund um den St. Pauli Bahnhof, die fasziniert die überwiegend schwarz bekleidete Menge begafften, anstatt sich selbst in die Demo einzureihen.
Da es als einzige Auflage gab, die Abschlusskundgebung nicht auf dem Theodor-Heuss-Platz zu halten, sprangen die Erstreihler um ihren Protest auf lockere Art auszudrücken, was jedoch von dem Herrn Einsatzleiter schnell wieder unterbunden werden musste und mit Auflage belohnt werden sollte, falls sich dieses wiederholen sollte. Mit relativ lockerem Spalier, zog der Demozug dann zügig voran, über die Feldstraße. An der Spielebank wurden die Parolen nochmal um einiges lauter, stoppte kurz unter eine Brücke, was ebenfalls verhindert werden musste und lief zügig weiter zur Abschlusskundebung wo es einige Meter zuvor kleinere Schamüntzel mit der Bullerei gab, da sich die Demonstrationsteilnehmer einfach geradeaus weiter bewegen wollten. Woraufhin die Einsatzleitung mit: "Helme auf, zack zack!.." antwortete. Die Demo endete gegen 21:20 Uhr.

Was bei den meisten unterging, dass es vor dem Dammtorbahnhof Taschenkontrollen gegeben haben soll. Wahrscheinlich musste der Repressionsapaarat einfach nochmal so richtig seine Finger sprießen lassen, denn es hätte ja auch zu schön sein können alles. Die fünf WaWes kamen schliesslich auch nicht zum Zuge. Mit dieser Demo haben wir gezeigt, dass es auch anders geht und nicht jede Demo aus der linksradikalen mit "Krawallen in der Schanze" enden muss. Wahrscheinlich ist dies auch ein Grund, warum keine bekannten Schmierblätter über eine solche Demo berichtet haben. Zudem sollte es mal etwas anders sein, der Ablauf, der Treffpunkt, etc. Seiten können sich eben ändern und trotzdem können wir standhaft in Bewegung und Widerstand bleiben. Es war eine kraftvolle und manchmal vom 68er-Feeling angehauchte Demo, nicht zuletzt dadurch, dass teilweise Parolen durchs Megaphone geschrien wurden.
Bedauerlich war, dass es nun leider doch keinen Lauti und "richtige" Redebeiträge gegeben hat, aber es ging dann ja auch so.

Danke nochmal an alle UnterstützerInnen!

Solidarität mit den in Japan in Gefangenschaft sitzenden AktivistInnen!

Antifaschisten-innen aus Hamburg

G8 Genua: Niedrige Urteile gegen Polizei

AnwältInnen kritisieren Justiz Nach neunstündiger Verhandlung endete am 14.07.08 in Genua das "Bolzaneto-Verfahren" gegen 45 Angehörige der Polizei, Vollzugsbeamte und ärztliches Personal. Gegen die Angeklagten wurde wegen Autoritätsmißbrauch, Nötigung, Mißhandlung, Drohung und Fälschung ermittelt. 300 DemonstrantInnen wurden während der Proteste gegen den G8 festgenommen, die meisten von ihnen in die zum temporären Gefängnis umfunktionierte Polizeikaserne gebracht. Betroffene dokumentierten im Verfahren Schläge, Beleidigungen, faschistische Parolen und systematischen Demütigungen. Weil die Polizei behauptete dass die meisten eingesetzten Beamten nicht identifiziert werden könnten wurde nur gegen leitende Kräfte verhandelt. 30 Angeklagte wurden dennoch aus "Mangel an Beweisen" freigesprochen. Die höchste Strafe erhielt mit 5 Jahren und 8 Monaten der Sicherheitschef des Gefängnisses, Antonio Biagio Gugliotta. Der für seine Brutalität heftig kritisierte Gefängisarzt Giacomo Toccafondi erhielt lediglich 1 Jahr und 2 Monate Haft.
Die Verurteilten kündigten Berufung an. Damit würden die Strafen nach italienischem Recht verjähren. Verjährungsfristen werden während der Verhandlung nicht ausgesetzt. Im Bolzaneto-Verfahren treten 300 Betroffene als NebenklägerInnen auf, darunter auch Angehörige der Mißhandelten. Die Hälfte von ihnen kommt aus dem Ausland. Richter Renato Delucchi sprach allen eine "sofortige Entschädigungszahlung" von 2.500 bis 15.000 □ zu. AnwältInnen und Solidaritätsgruppen kritisieren das Urteil heftig. Zwar wurde anerkannt dass Straftaten begangen wurden, jedoch blieb das Gericht unter dem geforderten Strafmaß der StaatsanwältInnen. Im Herbst wird mit einem weiteren Urteil gegen Polizisten gerechnet. Im "Diaz-Verfahren" wird die Mißhandlung teils schlafender AktivistInnen verhandelt. 29 leitende Beamte sind unter anderem wegen Fälschung von Beweismitteln angeklagt. Einer der Staatsanwälte, Patrizia Petruziello, erklärte dass 4 von 5 in der Diaz-Schule Festgenommenen nach Kriterien des Europäischen Gerichtshof eine "unmenschliche und unwürdige Behandlung" erlitten hätten. Italien hat die internationale Folterkonvention nicht unterzeichnet, demnach kann nur wegen Mißhandlung Anklage erhoben werden. Während Angehörige der Polizei bisher straffrei blieben, wurden AktivistInnen zu hohen Strafen verurteilt. Im November letzten Jahres wurden gegen 25 italienische DemonstrantInnen drakonische Strafen von bis zu 11 Jahren Haft verhängt. Dabei reichte aus, in der Nähe von Ausschreitungen aufgegriffen zu werden. Im Juni wurde eine französische Aktivistin zu 5 Monaten Haft verurteilt, weil sie als einzige den Absperrzaun um die Genueser Innenstadt überklettert hatte. "Diese Urteile sind ein Angriff gegen die sozialen Bewegungen und gegen das Recht auf Widerstand", schreibt die Solidaritätsgruppe SupportoLegale. "Genua war eine Revolte von 300.000 AktivistInnen", kommentiert die Gipfelsoli Infogruppe. "Der Widerstand gegen die Polizeiangriffe war unbedingt gerechtfertigt". Zum 7. Jahrestag der G8-Proteste wird Genua nächste Woche Austragungsort zahlreicher Veranstaltungen. Am 19. Juli lädt unter anderem Haidi Giuliani, die Mutter des erschossenen Carlo, zur Vorbereitung gegen den nächsten G8-Gipfel 2009 auf Sardinien ein. Am 20. Juli findet auf der Piazza Alimonda die jährliche Gedenk-Versammlung für Carlo statt. Solidaritätsgruppen aus Genua und anderen Ländern organisieren Vorträge und Diskussionen im Palazzo Ducale, dem damaligen Tagungsort des G8-Treffens.

[Media G8way | Gipfelsoli Infogruppe]

Wir haben angeklopft

aber uns hat niemand aufgemacht

zu der Durchsuchung der Roten Flora vom 6.7.2008



Am 6.7.2008 drang die Ordnungsmacht in die Rote Flora ein und verursachte dabei einen hohen Sachschaden. 13 Personen wurden vorläufig festgenommen. Vorausgegangen war ein gewalttätiger, sexueller Übergriff. Ein Mann würgte eine Frau. Besucher_innen der Roten Flora beobachteten den Vorfall und griffen ein (u. a. mit dem Einsatz von Pfefferspray). Sie wurden nachdem sie die Frau befreit hatten, von dem Mann mit zwei Messern bedroht. Der Frau wurde schließlich angeboten mit in die Flora zu kommen, was diese annahm. Dass es sich um einen Beziehungsstreit gehandelt hatte ist dabei genauso unbedeutend wie die Hautfarbe der betroffenen Personen. Die Polizei konstruierte daraus eine Körperverletzung der Florabesucher_innen an dem Täter und versuchten eine Person festzunehmen. Daraufhin kam es zu Rangeleien und die Florabesucher_innen zogen sich in die Flora zurück. Das war schließlich der Anlaß in das Gebäude einzudringen.

Anders stellte sich das jedoch in den öffentlichen Medien dar: Wahlweise wurde von zwei "Nachtschwärmern" berichtet die in einen Beziehungsstreit gerieten und dabei Pfefferspray und Messer als Mittel zu Lösung ihres Beziehungskonfliktes nutzten in den sich überzogenerweise die Florist_innen einmischten.

Andere berichteten von einem rassistischen Übergriff "deutscher" Florist_innen auf einen Schwarzenafrikaner bei dem sich der "rassistische Florist_innenmop" im Anschluß in der Flora verschanzte.
Auch die Variante das die Polizei herbeieilte, den Täter festnahm und dann von den Florist_innen angegriffen wurde um den Festgenommen zu befreien wurde bemüht
Nicht zuletzt wurde auch als erwiesen angesehen, das Florist_innen die angegriffene Frau nach der Trennung des Pärchens gegen ihren Willen in die Flora verschleppten.
Allen voran ließ es sich Thomas Hirschbiegel von der Mopo nicht nehmen einen solche sexuellen Übergriff als Knatsch zwischen Beziehungen darzustellen, der völlig normal sei.

Soviel verschiedene Facetten von verquierlten Mist auf einmal hatte es zumindest in Bezug auf die Flora schon lang nicht mehr gegeben, und es bleibt auch im Spekulativen wie es zu solch unterschiedlichen Medienberichterstattungen kam. Klar war, wer als Südenbock übrig bleiben sollte: die Rote Flora. Denn die hatte trotz vermeintlich höflichen Anklopfen der Ordnungshüter, die Tore nicht freudig geöffnet. Doch der ganzen Pressehetzte zum Trotz fand abends eine Solidemo in Hamburg statt - und nicht nur dort. Zudem gab es mehrere Solierklärungen aus unterschiedlichen Städten. Im weiteren die beiden Presseerklärungen der Roten Flora, die nochmal näher auf die Ereignisse eingehen:

Presseerklärungen der Roten Flora zur Polizeiaktion 06.07.2008

Heute Morgen um 6.30 Uhr wurde die Rote Flora nach einem Vorfall auf dem Schulterblatt von der Polizei umstellt. Nachdem eine Frau dort von einem Mann attackiert wurde, eilte mehrere Besucher_Innen der Roten Flora der Frau zu Hilfe. Als die Polizei eintraf, nahm sie aus unerfindlichen Gründen nicht nur den Angreifer, sondern auch einen der Helfenden fest. In diesem Zuge kam es zu einer Auseinandersetzung mit umstehenden Personen. Unter der dem Vorwand, in der Roten Flora angeblich Beteiligte dieser Auseinandersetzung festnehmen zu wollen, wurde die Rote Flora umstellt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nur noch einige Personen in den Räumlichkeiten der Roten Flora. Da sich die noch anwesenden Partygäste weigerten, freiwillig ihre Personalien der Polizei auszuhändigen, wurde mit einem immensen Aufgebot inklusive Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE), Wasserwerfer und Hubschrauber, die Flora gestürmt. Nach diesem gewaltsamen Eindringen wurden alle noch in der Roten Flora befindlichen Personen vorläufig festgenommen. Entgegen aller Absprachen mit anwesenden Anwälten und trotz vorhandener Schlüssel wurden im Inneren etliche Türen von der Polizei mutwillig zerstört und alle Räume durchsucht.
Auftakt der ganzen Aktion war ein sexistischer Ãœbergriff auf eine Frau, der mehrere Personen zu Hilfe eilten. Diese Einmischung in sich alltäglich abspielenden gewalttätige Ãœbergriffe halten wir für unverzichtbar und vertreten diesen Anspruch auch offensiv in unserem Projekt. Die Polizei reagierte auf diesen Vorfall reflexhaft mit einem Angriff auf Besucher_Innen der Roten Flora und dem Projekt als Ganzen. Wir sehen darin eine Fortsetzung der in dieser Stadt vorherrschenden repressiven Linie gegen die Rote Flora im Speziellen und linken Projekten im Allgemeinen.
Wir fordern die sofortige Freilassung der Festgenommenen und die Einstellung aller eingeleiteten Verfahren gegen die Besucher_Innen der Roten Flora.
Für die Einmischung in alltägliche Gewaltverhältnisse und eine antisexistische Praxis immer und überall!
Rote Flora am 6.7. 2008



Zweite Presserklärung der Roten Flora zu den Vorfällen vom Sonntag, den 08.07.2008

Vor dem Hintergrund der umfangreichen Presseberichterstattung halten wir es für nötig, nochmals zu den Vorfällen Stellung zu nehmen.
Auslöser der Ereignisse war entgegen zahlreich anders lautender Berichte kein "harmloser" Beziehungsstreit am frühen Sonntag Morgen am Schulterblatt vor der Roten Flora. Vielmehr wurde die betroffene Frau durch den beteiligten Mann massiv körperlich angegriffen, was zum Eingreifen von Besucher_innen der Roten Flora führte. Diese Intervention in sich alltäglich abspielende gewalttätige Übergriffe halten wir für unbedingt notwendig unabhängig von der Hautfarbe des gewalttätigen Mannes. Daraus einen "rassistischen Übergriff" zu konstruieren, wie in einigen Medien bzw. Internetforen geschehen, ist absurd. Ebenso abwegig ist die Behauptung, dass die betroffene Frau gegen ihren Willen in die Flora "verschleppt" wurde. Ihr wurde Hilfe und Unterstützung angeboten.
Da sich der Einsatz der Polizei im folgenden aus unserer Sicht reflexhaft gegen Besucher_innen der Roten Flora und damit gegen die Helfenden richtete, kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf auch Flaschen und Steine flogen. Ab diesem Zeitpunkt waren die Voraussetzungen für einen ganz anderen Polizeieinsatz erfüllt, wie wir mittlerweile wissen. Denn es liegt in den Schubladen der Polizeieinsatzführung seit geraumer Zeit ein Konzept, die Flora bei jeder sich bietenden Gelegenheit sofort abzuriegeln und zu durchsuchen. Bereits um 6:30 Uhr setzte sich u.a. ein Anwalt der Roten Flora als Vermittler vor Ort mit der Polizei in Verbindung. Er signalisierte Verhandlungsbereitschaft, die letztlich von der Polizei ausschließlich mit dem Aufmarsch der gesamten Hamburger Bereitschaftspolizei inklusive Wasserwerfern, Räumfahrzeugen und Hubschraubereinsatz beantwortet wurde.
Die Behauptung der Polizei, man habe "angeklopft" und niemand habe geöffnet, ist eine Ente. Damit ist klar, dass die vorangegangene Auseinandersetzung vor der Roten Flora lediglich ein willkommener Vorwand war, das "neue" polizeiliche Handlungskonzept unter Schwarz-Grün zu erproben.
Wir sind allerdings nicht bereit, uns widerstandslos zum Objekt sicherheitsstaatlicher Inszenierungen und zum "Manöverplatz" der Hamburger Bereitschaftspolizei machen zu lassen. Die sicherheitspolitischen Sprecher von CDU, SPD und FDP frohlocken über die "konsequente Verfolgung von Straftätern" und sondern abgedroschene Phrasen über "rechtsfreie Räume", die nicht zu dulden seien,ab. Wir dagegen erklären, dass wir bei künftigen Einsätzen wie dem des vergangenen Sonntags nicht mehr der Polizei dabei zuschauen werden, wenn sie sich durch unsere Türen flext. Sollten sich diese Machtspielchen seitens der Polizei in Zukunft häufen, werden wir einen Weg finden, angemessen darauf zu reagieren. Dabei geht es uns weniger um das Gebäude der Roten Flora, als vielmehr um die staatliche Repression, die sich gegen Projekte als Teil einer radikalen linken Gegenöffentlichkeit wendet. Die Botschaft, dass es nicht "nur" um die Verfolgung vermeintlicher Straftäter, sondern vor allem um einen Angriff auf linke Strukturen geht, ist angekommen!
Nicht ohne Grund haben sich am Sonntag Abend über 800 DemoteilnehmerInnen zusammengefunden um ihren Unmut zu äußern und das nicht nur in Hamburg!
An dieser Stelle wollen wir uns ausdrücklich für die zahlreichen Solidaritätserklärungen und spontanen Aktionen hier in Hamburg, aber auch in u.a. Freiburg, Düsseldorf,Hannover, Bremen, Berlin, Leipzig und Kopenhagen bedanken.
Rote Flora, 8. Juli 2008

Ein Jahr nach G8-Durchsuchungen:

Informant enttarnt!

Über ein Jahr liegt es zurück, seitdem Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt in einer bemerkenswert hastig eingefädelten Aktion versucht haben, Teile des G8-Widerstandes zur terroristischen Vereinigung zu stilisieren.

Juristisch und politisch sind die Behörden mit ihrem Ansinnen bekanntlich gescheitert - ja, die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde zu Beginn des Jahres sogar vom Bundesgerichtshof zurückgepfiffen. Stattdessen ist das Verfahren mittlerweile bei der Staatsanwaltschaft Hamburg anhängig, und niemand weiß so richtig, wann es endgültig eingestellt wird.

Doch das ist nicht der Grund dieses Textes. Im Folgenden soll es vielmehr um einen in den Akten anonym benannten Belastungszeugen bzw. Informanten gehen, welcher mittlerweile enttarnt werden konnte. Konkret möchten wir auf vier Dinge näher eingehen: Erstens welche Rolle der Informant in den Ermittlungsakten spielt, zweitens wie der Informant mutmaßlich mit den Behörden kooperiert hat und drittens um wen es sich bei dem Informanten handelt. Darüber hinaus möchten wir viertens einen Vorschlag machen, wie mit dem 'Fall' zukünftig verfahren werden sollte. An vielen Stellen können wir natürlich nur mutmaßen. Deshalb möchten wir uns im Folgenden vor allem auf das konzentrieren, was wir wirklich wissen. Allerdings möchten wir auch - zumindest im Groben - transparent machen, wie wir zu unseren Einschätzungen gekommen sind.

1. Zur Rolle des Informanten in den Akten

In den umfänglichen Ermittlungsakten - immerhin 33 Ordner, und das sollen gerade mal 10% des Gesamtbestandes sein - gibt es eine "anonymisierte Zeugenvernehmung", welche am 02.04.2007 durch das Bundeskriminalamt durchgeführt wurde. Ob es sich bei der Person um einen bezahlten Informanten oder um einen klassischen Zeugen handelt, bleibt unklar. Konkret zeichnet sich die Vernehmung durch vier Sachverhalte aus:

a) In dem Vernehmungsprotokoll geht es um fünf Personen - unter ihnen zwei bzw. drei der mutmaßlichen Autoren des Buches "Autonome in Bewegung", welches ja offizieller Ausgangspunkt des G8-129a-Strafverfahrens gewesen ist. Der Informant bezichtigt zwar niemand der fünf Personen irgendwelcher Straftaten, allerdings gibt er dem Konstrukt der Bundesanwaltschaft (wissentlich oder unwissentlich) Futter. Demnach handele es sich bei den Beschuldigten um prominente Aktivisten der linken bzw. autonomen Szene und somit um Leute, welche durchaus das Zeug zu so etwas wie "terroristischen Führungskadern" hätten. Praktisch kommt das in Sätzen zum Ausdruck wie: X "ist als intellektuelle Führungspersönlichkeit anzusehen...", oder: Y "würde ich als charismatischen Führer bezeichnen, dem es aufgrund seines taktischen Geschicks gelingt, die Massen hinter sich zu bringen."

b) Insgesamt ist die Zeugenvernehmung eine eigenartige Mischung aus Wahrheit und Dichtung: Manches ist durchaus zutreffend, vor allem Angaben darüber, wer an welchen Treffen teilgenommen hat (wobei hinzuzufügen ist, dass es sich durch die Bank um öffentliche Treffen wie die Aktionskonferenzen in Rostock oder dissent-Treffen gehandelt hat). Anderes hingegen - vor allem persönliche Informationen über die einzelnen Beschuldigten - ist absoluter Käse und Ausdruck davon, dass dem Informanten so gut wie keine Einblicke in die persönlichen Verhältnisse der Beschuldigten vorliegen. Und doch: In ihrer Beweisnot scheint die Gegenseite selbst auf derart lausige Zeugen angewiesen zu sein. Hauptsache, es gibt (Schein-)Begründungen, mit denen monate- bzw. jahrelange Durchleuchtungen gerechtfertigt werden können - nebst Hausdurchsuchungen.

c) Letzteres dürfte im Übrigen auch der Grund gewesen sein - so paradox es klingen mag, weshalb die Behörden die Bedeutung der Zeugenvernehmung relativ hoch gehängt haben. Konkret bezeichnet ein Ermittlungsbeamter die Aussagen des Zeugen - Lausigkeit hin oder her - als eine von vier zentralen Quellen, aus welchen sich "zusammenfassende Darstellungen zur Verdachtslage" ableiten ließen.

d) Bemerkenswert sind im Vernehmungsprotokoll schließlich zwei Dinge: Einerseits eine für linke Kreise eher ungewöhnliche Sprache, etwa wenn der Zeuge mit postiv getöntem Unterton davon spricht, dass einer der Beschuldigten "in der Lage sein dürfte, Massen in seinen Bann zu ziehen und zu motivieren." Andererseits war auffällig, dass der Informant insbesondere Treffen des "Aktionsnetzwerks Globale Landwirtschaft" und der antirassistischen G8-Mobilisierung besucht hat, und zwar auch Treffen bzw. Veranstaltungen, auf denen vergleichsweise wenig Leute zugegen waren.

2. Zur Kooperation des Informanten mit den Behörden

Insbesondere die Sprache und die konkreten Teilnahmen an Treffen haben es einfach gemacht, den Informanten relativ schnell zu identifizieren. Denn neben dem Informanten gab es eigentlich nur noch eine weitere Person welche überhaupt in beiden Netzwerken aktiv war (und zwar einer der Beschuldigten). Vor dem Hintergrund diverser Erkundigungen haben sich sodann drei Aktivisten mit dem (mutmaßlichen) Informanten getroffen, als Ort hat ein zentral gelegenes Café in seiner Heimatstadt fungiert. Die an dem Gespräch Beteiligten teilten ihm mit, dass sie davon ausgingen, dass er just jener anonym in den Akten geführte Zeuge sei. Daraus entwickelte sich sodann eine längeres Gespräch, denn der Mann bestätigte ohne weitere Umschweife, dass er der Urheber der in der Zeugenvernehmung gemachten Aussagen wäre - auch er könne sich in den Formulierungen wiedererkennen. Er bestand allerdings darauf, dass es nie eine formelle Zeugenvernehmung gegeben habe - so wie dies durch das Vernehmungsprotokoll des BKA (bestehend aus 19 Fragen und Antworten) nahegelegt wird. Vielmehr sei er systematisch abgeschöpft worden. Konkret sei das so abgelaufen, dass er im Anschluss an G8-bezogenen Vorbereitungstreffen stets von zivil auftretenden Beamten angesprochen wurde - ob beim Taxistand, auf dem Bahnhof oder im Zug. Daraus hätten sich meist kurze Gespräche ergeben. Zuweilen habe er sich aber auch eine Stunde lang unterhalten. Aus Sicht des Informanten seien diese Gespräche durchweg harmlos gewesen. Einerseits weil er nur Gutes über die Beschuldigten gesagt hätte (was auch in der Zeugenvernehmung deutlich würde), andererseits weil er die Beamten stets als solche erkannt und sie auch auf ihre Rolle an-

gesprochen habe. Dass dies eine grandiose Selbsttäuschung sei, ja dass es harmlose Kontakte mit Überwachungs- und Repressionsbehörden überhaupt nicht geben könne, wurde ihm unmissverständlich deutlich gemacht. Doch darauf wollte bzw. konnte sich der nunmehr (selbst enttarnte) Informant nicht wirklich einlassen.

Am Ende des knapp dreistündigen Gespräches wurde schließlich ein weiteres Treffen vereinbart. Dort hätte es darum gehen sollen, wie mensch politisch damit umgehen könne, dass das BKA - jedenfalls wenn man dem Informanten Glauben schenkte - im Rahmen des G8-Ermittlungsverfahrens Beweise manipuliert und somit eine schwere Straftat begangen habe. Allein: Zu diesem weiteren Treffen kam es nicht mehr. Vielmehr sagte der Informant ein zweites Treffen unter äußerst fadenscheinigen Gründen kurzfristig ab und war auch ansonsten nicht mehr bereit, den Kontakt zu halten. Hierzu gehört auch, dass er darauf verzichtet hat, die Veröffentlichung des vorliegenden Textes zu verhindern bzw. mitzugestalten. Denn diese Möglichkeit hatten wir ihm eingeräumt, indem wir ihm den Text zwei Wochen vor seiner Veröffentlichung vorgelegt und dies mit dem Angebot verknüpft haben, eine Stellungnahme abzugeben (auch hier mit der Überlegung, dass er sich entweder doch noch zu glaubwürdigen und juristisch belastbaren Aussagen gegen das BKA entschließen oder umgekehrt zu dem Eingeständnis durchringen würde, dass die Zeugenvernehmung sehr wohl stattgefunden habe).

Es dürfte sich von selbst verstehen, dass spätestens an diesem Punkt das weite Feld der Spekulation beginnt. Denn natürlich wissen wir nicht, weshalb sich der Informant zurückgezogen hat. Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist, dass der Informant bewusst mit der Polizei zusammengearbeitet hat - ob bezahlt oder aus Überzeugung. Wäre das der Fall, dann hat es sich bei der durchaus glaubwürdig vorgetragenen Erzählung des Abgeschöpft-Werdens lediglich um eine Schutzbehauptung gehandelt, d.h. um eine mit seinen Kontaktpersonen beim BKA abgesprochene Verteidigungslinie. Die andere Möglichkeit ist, dass er auf die von ihm geschilderte Weise tatsächlich abgeschöpft wurde und dass ihm das BKA sodann ein aus seinen Aussagen zusammengebasteltes Gespräch zur Absegnung vorgelegt hat. Das Druckmittel könnte in diesem Fall die Androhung gewesen sein, dass er ansonsten als namentlich benannter Zeuge in den Akten auftauchen würde - mit der Konsequenz, dass die Beschuldigten spätestens nach gewährter Akteneinsicht von seinen Aussagen erfahren würden. Auch wenn es verleitend ist, letztlich muss mensch anerkennen, dass es in dieser Angelegenheit nicht möglich ist, eine definitive Antwort zu geben. Das ist auch der Grund, weshalb wir darauf verzichten, im Detail vorzutragen, welche 'Argumente' eher für das eine bzw. das andere sprechen (denn es wird nicht überraschen, dass es für beide Interpretationen Hinweise gibt). Lediglich eine Deutung haben wir mehr oder weniger ausgeschlossen: Wir glauben nicht, dass der Informant wider Willen abgeschöpft wurde und erst in dem Gespräch davon erfahren hat. Zum einen haben die Ermittlungsbehörden eine solche Manipulation von Beweisen gar nicht nötig - denn sie hatten ja seine Aussagen bereits, zum anderen wäre bei dieser Interpretation nicht verständlich, weshalb der Informant den Kontakt derart schroff abgebrochen hat (einmal abgesehen davon, dass es natürlich immer auch persönliche Gründe wie z.B. Krankheit geben kann, die plötzliche Kursänderungen nach sich ziehen).

3. Wer ist der Informant?

Bei dem Informanten handelt es sich um den 74-jährigen Peter A. aus Kiel - seine Email-Adresse, unter der er beim G8-Protest meist aufgetreten ist, lautet: "Normalverbraucher@t-online.de". Peter A. ist in seinem ersten Berufsleben Offizier bei der Bundeswehr gewesen, anschließend war er als Verwaltungsbeamter und in der Erwachsenenbildung tätig. Politisch war er lange Mitglied der CDU, später hat er bei den Grünen angeheuert. So weit wir in Erfahrung bringen konnten, ist Peter A. in den letzten Jahren auf regionaler Ebene lediglich bei attac aktiv gewesen - doch auch das nicht sonderlich intensiv. Auch das lokale "Kieler Netzwerk gegen den G8-Gipfel" besuchte er nur einmalig. Weshalb Peter A. - ohne Mandat der Kieler attac-Gruppe - in mehreren bundesweiten G8-Bündnissen aufgetaucht ist (eine zeitlang im Hannoveraner Koordinierungskreis, ab und zu bei dissent, im Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft, bei antirassistischen Netzwerk-Treffen, mindestens einmal beim Rostock-Laage-Zusammenhang etc.) wissen wir nicht. Unser Eindruck ist allerdings - auch nach Gesprächen mit diversen Leuten, die ihn erlebt haben, dass Peter A. nirgendwo tiefere Einblicke erhalten hat. Einerseits weil er meist nur kurz auf Treffen anwesend war (oft hat er bereits nach ein bis zwei Stunden die Treffen wieder verlassen), andererseits weil er sozial relativ merkwürdig bzw. nervig agiert hat und auch dadurch keine engen persönlichen und politischen Kontakte entwickeln konnte. Hinzu kam, dass er zwischenzeitlich sehr persönlich gehaltene Emails über Mailinglisten oder an willkürlich ausgewählte Einzelpersonen geschickt hat, was verschiedentlich als Belästigung aufgefasst wurde. Das war im Übrigen auch der Grund, weshalb er von mindestens einer Mailingliste explizit gestrichen wurde. Mit anderen Worten: Unsere Einschätzung ist, dass Peter A. zwar mit der 'Gegenseite' kollaboriert hat, dass sich der dadurch entstandene Schaden allerdings sehr stark in Grenzen hält - von persönlichen Enttäuschungen, Verunsicherungen etc. einmal abgesehen.

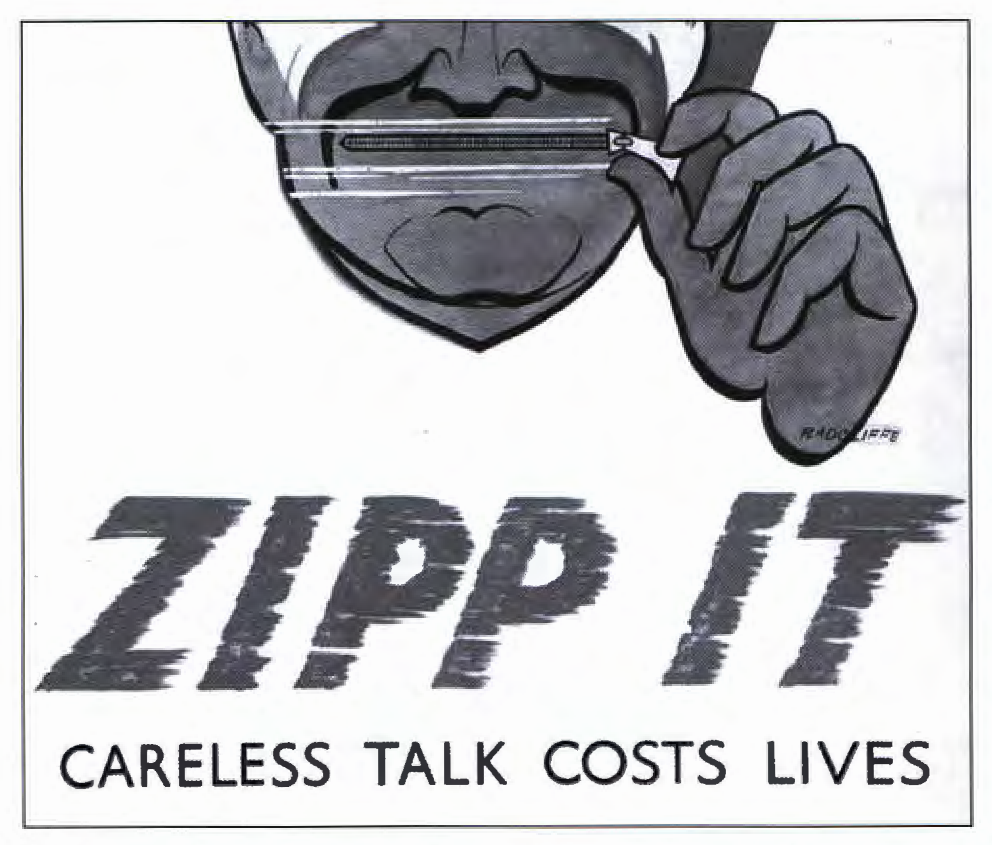
4. Wie sollte mit Peter A. weiter umgegangen werden?

Wir haben Peter A. wissen lassen, dass er nicht mehr auf linken Treffen auftauchen darf - und zwar deshalb, weil er sich jeder Auseinandersetzung entzogen hat. Dort, wo er das doch tut (und erkannt wird), sollte er sofort aufgefordert werden, das Treffen bzw. die Veranstaltung zu verlassen; notfalls muss dies gegen seinen Willen durchgesetzt werden (was allerdings nicht all zu kompliziert sein dürfte).
Es bleibt: Was wir hier vorgetragen haben, ist zwar das Ergebnis intensiver Recherche, aber natürlich können wir nicht ausschließen, dass sich Peter A. mittlerweile in ganzen anderen, uns nicht bekannten Zusammenhängen bewegt. Insofern möchten wir alle bitten, etwaige Informationen oder Rückfragen in Sachen Peter A. an den Berliner Ermittlungsausschuss zu richten. Dort sind zum einen Menschen aktiv, die sich mit derartigen Fragestellungen schon oft und intensiv beschäftigt haben, zum anderen sind auch wir über den Berliner Ermittlungsauschuss erreichbar (Tel.: 030/ 692 22 22 Sprechstunde: Dienstag: 20 bis 22 Uhr im Mehringhof)

Einige Leute aus dem G8-Widerstand



Anquatschversuche des Verfassungsschutzes in Hamburg



Am Mittwoch den 2.Juli wurden in Hamburg 2 Personen von Angehörigen des Verfassungsschutzes unabhängig voneinander angesprochen und belästigt.

Der erste Anquatschversuch fand morgens auf dem Weg zur Arbeit der betreffenden Person beim Umsteigen vom Bus in die S-Bahn und in der S-Bahn statt. Zwei Männer ('Jan', ca. 30 Jahre, rotblondes, kurzes Haar, Drei Tagebart, ca 185cm, zweiter Mann schwarzbraune Haare, schwächlich-mager, ca.175 cm) stellten sich als Angehörige des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor. Sie sprachen die Person direkt mit Nachnamen an und meinten, eine Ingewahrsamnahme im Rahmen des G8 erwähnen zu müssen. Sie stellten konkrete Fragen im Zusammenhang mit der Nazidemo und den Gegenaktivitäten am 1.Mai in Barmbek. "Wie konnte die Lage so ausser Kontrolle geraten?" Betont wurde (wie üblich in solchen Situationen), dass sie sich nur für die Nazis interessieren würden und nichts mit der Polizei zu tun hätten. Dieser Ansprechversuch war von den VSlern so gewählt, dass alle drei z.T. in der S-Bahn fuhren, so dass es tatsächlich zu einem Gespräch kam, in dem die betroffene Person zwar immer wieder darauf hinwies nichts sagen zu können und zu wollen, nichts desto trotz aber weiterhin bedrängt wurde. Auffällig war hier, dass die beiden Geheimdienstgestalten keine Anstrengungen machten, ihr Anliegen tatsächlich geheim zu halten. Die Anwesenheit anderer Menschen in der Bahn schien sie in keiner Weise zu stören.
Schließlich wurde eine Handynummer überreicht.

Der zweite Versuch fand abends um 21.30 Uhr statt, nachdem die betreffende Person aus dem Bus gestiegen war. Eine Frau ca.40-45 Jahre und ein jüngerer Mann (Torsten) stellten sich als Mitarbeiter einer Behörde, später dann als Verfassungsschutz vor. Die Person wurde mit vollem Namen angesprochen. Das Thema der Fragen war hier der G8-Gipfel im vergangenen Jahr. Nachdem die Person entschieden deutlich gemacht hatte, dass sie nicht mit den beiden sprechen will, war der Gesprächsversuch schnell vorbei und beide machten sich von dannen.

Dass immer wieder Anquatschversuche des VS stattfinden, ist an sich nichts Neues und Überraschendes. Der Versuch, erste Hand Informationen zu erhalten, ist für diesen Geheimdienst ein ganz wesentliches Bedürfnis. Auch in anderen Regionen der Bundesrepublik ist es in letzter Zeit zu vermehrten Gesprächsversuchen gegenüber linken Aktivist_innen gekommen.

In Hamburg kommt dazu, dass die Repressionsbehörden und vor allen Dingen der VS gewaltig unter Druck stehen, nachdem sie immer wieder dafür kritisiert worden sind, Aktivitäten und Aktionen der radikalen Linken weder verhindern noch aufklären zu können.
Auch wenn in einem Gespräch wieder die Floskel 'Wir sind nicht die Polizei' gefallen ist, bleibt festzuhalten, dass der VS wie auch die Polizei eine Behörde ist, die radikale emanzipatorische Bewegungen bekämpfen soll, wenn auch mit anderen Mitteln. Gerade der Verfassungsschutz agiert vor den politischen Rahmenbedingungen so, wie er es selbst für richtig hält. Die Möglichkeiten der geheimdienstlichen Arbeit und Überwachung übertreffen die des Staatsschutzes, der sich an juristische Spielregeln zu halten hat, bei weitem. Die §129a Verfahren der letzten Zeit haben ausserdem bewiesen, wie sehr auch der VS an Strafverfolgung beteiligt ist. Ein Grossteil des Aktenmaterials der Bundesanwaltschaft und des BKA war Material, das vom VS zur Verfügung gestellt worden war. Die vielbeschworene gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Geheimdiensten und Polizei findet heutzutage ganz offensiv nicht mehr statt.
Anquatschversuche sind für die Gestalten des VS eine Routineangelegenheit, für die sie ausgebildet sind und für die sie eine relativ feste Choreographie haben. Solltet ihr in die Situation kommen, angesprochen zu werden, macht schnell deutlich, dass ihr weder Interesse noch Lust habt, mit ihnen zu sprechen und weiterhin von ihnen angesprochen und belästigt zu werden. Macht ihnen unmissverständlich klar, dass sie abhauen sollen.
Alles, was sie in der Anfangsphase eines Gespräches von sich geben, hat nur den einen Zweck Leute in ein Gespräch zu verwickeln, dessen weiteren Verlauf sie bestimmen werden. Üblich ist auch, dass sie behaupten, Fragen zu bestimmten Themenkomplexen zu haben, wie beim aktuellen Fall eben G8 oder Nazis am 1. Mai. Das Angebot dieser inhaltlichen Komplexe, soll auch einzig und allein ein Gespräch in Gang bringen, in dessen Verlauf die Bereitschaft zur Kooperation abgecheckt wird. Verwei-

gert euch von Anfang an den Versuchen dieser Gestalten mit euch zu kommunizieren.

Wir gehen davon aus, dass es bedeutend mehr dieser Anwerbeversuche gibt, als die, die öffentlich gemacht werden. Auch wenn Gespräche von den Betroffenen abgelehnt wurden, wird später nicht darüber gesprochen. Die Gründe dafür mögen verschiedene sein, in erster Linie jedoch sind Menschen verständlicherweise komplett verunsichert, warum ausgerechnet sie ins Visier des VS geraten sind. Diese Verunsicherung entsteht logischerweise, wenn Vsler plötzlich die vermeintlich angreifbaren Punkte einer Person kennen und sie zu nutzen versuchen. Macht euch mit diesen Gedanken nicht verrückt und vor allen Dingen, bleibt damit nicht alleine. Sprecht mit euren Leuten genau über diese Verunsicherung. Ihr seid vor allen Dingen ins Visier geraten, weil ihr Teil von linken Bewegungen oder Mobilisierungen seid. Veröffentlicht den Versuch des VS. Geheimdienste wollen geheim sein und Veröffentlichungen von ihren Aktivitäten mögen sie nicht. Nur mit konsequenter Öffentlichkeitsarbeit ist die Linke in der Lage mit Anwerbeversuchen umzugehen.

Ab und an glauben Leute, sie könnten zum Schein auf die Gespräche des VS eingehen und sich weiter mit ihnen treffen, um.....Tja, warum? Der Erkenntnisgewinn solcher gefährlichen Spiele ist immer gleich Null. Die Erkenntnisse, die der VS gewinnt dafür um so grösser. Lasst die Finger von solchen Geheimdienstspielen. Wer sich über die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes informieren möchte, sollte auf einschlägige Quellen zurückgreifen und nicht versuchen, sich auf ihrem vertrauten Terrain zu bewegen.

Und schließlich wird der VS auch ab und zu Erfolg mit seinen Versuchen haben. Die unangenehme Wahrheit heisst, dass es natürlich Zuträger des Verfassungsschutzes in linken Strukturen gibt. In der Regel werden diese Leute im Gegensatz zu eingeschleusten Bullen des Staatsschutzes nie enttarnt. Genau das ist so gut wie unmöglich. Aber es ist sehr wohl möglich, einen politischen Alltag zu haben oder zu entwickeln, der diese Wahrheit einkalkuliert, ohne in Aufregung und Paranoia zu verfallen.
Sollten Angehörige des VS euch ansprechen, verweigert euch deutlich und unmissverständlich. Schreibt zeitnah ein Gedächtnisprotokoll von der ganzen Situation und macht den Anquatschversuch öffentlich. Besprecht euch mit anderen aus eurem Umfeld und meldet euch bei Antirepressionsstrukturen.
In Hamburg:

Ermittlungsausschuss (EA)
erreichbar über ein Fach im Schwarzmarkt oder Mo. 19 - 21 Uhr unter 040-43278778
Antirepressionsgruppe Hamburg
auch erreichbar über ein Fach im Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46
Rote Hilfe in der B5, Brigittenstrasse

Antirepressionsgruppe Hamburg,
August 2008



NO PRISON! NO STATE!

Internationales Anti-Knast Wochenende

Staatliche Repression gegen AktivistInnen aus linksradikalen, anarchistischen sowie anderen revolutionären bzw. sozialen Bewegungen nimmt stetig zu. Dem Thema Knast wird trotzdem zu wenig Aufmerksamkeit gegeben. Obwohl wir in Zeiten von weltweiten Anti-Terror-Gesetzen, innerer Sicherheits- Stimmung, Datenspeicherung und Ermittlungsmethoden wie Paragraf 129 a/b immer öfter mit der letzten Stufe der Repression, Knast konfrontiert werden.
Vom 26.-28. September wird in der Alten Meierei in Kiel ein Anti-Knast Wochenende unter dem Motto "No Prison!-No State!" stattfinden, bei dem neben aktiven Anti-Knast-Zusammenhängen auch alle anderen interessierten bzw. aktiven Zusammenhänge und Einzelpersonen aus der autonomen anarchistischen und linksradikalen Bewegung aufgefordert sind sich über das Thema zu informieren und sich damit auseinander zusetzen.
Neben Informationen von Antiknast Gruppen aus ganz Europa wird es Aktionen und eine große Soli-Party geben, die am Freitag, den 12. September nach dem ABC Cafe im LIZ in Hamburg stattfinden wird.
Mobilisierungsflyer und -Poster sind jetzt unter mail@abc-berlin.net zu bestellen, natürlich könnt ihr diese auch selber ausdrucken und verteilen, zu finden sind diese unter http://noprisonnostate.blogsport.com, wo ihr auch immer ahtuelle News zum Wochenende findet.
Schlafplätze werden in näherer Umgebung zur Alten Meierei vorhanden sein. Für Verpflegung wird auch gesorgt sein.
Bitte meldet euch vorher bei uns, wenn ihr kommen wollt, damit wir die Schlafplätze und Verpflegung organisieren können. Es wird keine "Teilnahmegebühr" oder sonstiges für das Wochenende geben, aber wir bitten euch für die Verpflegung u.ä. zu spenden - soweit es eure Möglichkeiten zu lassen - Überschüsse fließen in die Unterstützung von Inhaftierten.

Der Zeitplan sieht wie folgt aus:

Freitag
18.00 Uhr: Anreise
19.00 Uhr: Eröffnungsplenum
außerdem: VoKü
20.00 bis 21.00 Uhr: Vorträge
21.00 Uhr: Kino und Snacks

Samstag
10.00 Uhr: Frühstück - Brunch
11.00 Uhr: Eröffnungsplenum
12.00 bis 16.00 Uhr: Vorträge
17.00 Uhr: Kundgebung vor der JVA Kiel mit Vokü und Livemusik
20.00 bis 22.00 Uhr: Vorträge und Filme
22.30 Uhr: ...surprise...
23.30 Uhr: DiscoParty in der Alten Meierei

Sonntag
11.00 Uhr: Frühstück
12.00 Uhr: Abschluss-Plenum



Keine Erzwingungshaft gegen ehemalige RAF-Mitglieder

Der u. a. für Staatsschutzstrafsachen zuständige 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat den Beschwerden der ehemaligen RAF-Mitglieder Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts stattgegeben, mit denen sie sich gegen Erzwingungshaftanordnungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs wenden.
Dem Verfahren liegt folgendes zugrunde:
Die Bundesanwaltschaft leitete im April 2007 Ermittlungsverfahren gegen das ehemalige RAF-Mitglied Stefan Wisniewski wegen Verdachts des Mordes und des versuchten Mordes ein. Gegenstand dieser Verfahren sind der Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback und seine beiden Begleiter vom 7. April 1977 und der versuchte Granatwerferanschlag auf die Bundesanwaltschaft vom 25. August 1977. Im Rahmen dieser Ermittlungsverfahren vernahm die Bundesanwaltschaft im Juli/August 2007 die Beschwerdeführer sowie das ehemalige RAF-Mitglied Günter Sonnenberg als Zeugen. Die Beantwortung der an sie gerichteten Fragen, u. a. zur Planung, Vorbereitung und Durchführung der beiden Anschläge, lehnten die Zeugen jedoch unter Berufung darauf ab, dass ihnen ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO zustehe. Daraufhin setzte der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs auf Antrag der Bundesanwaltschaft mit Beschlüssen vom 28. Dezember 2007 gegen die Beschwerdeführer ein Ordnungsgeld in Höhe von 100 Euro, ersatzweise Ordnungshaft von fünf Tagen fest und ordnete Erzwingungshaft bis zur Dauer von sechs Monaten an, während er entsprechende Anordnungen gegen Günter Sonnenberg ablehnte.

Auf die von den Zeugen Klar, Mohnhaupt und Folkerts erhobenen Beschwerden hat der 3. Strafsenat die Anordnungen des Ermittlungsrichters aufgehoben und die entsprechenden Anträge der Bundesanwaltschaft ebenfalls zurückgewiesen. Er hat entschieden, dass die Beschwerdeführer mit Recht ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht geltend machen. Zwar können sie sich durch die Beantwortung von Fragen zu den beiden Anschlägen, die Gegenstand der Ermittlungsverfahren gegen Stefan Wisniewski sind, nicht mehr in die Gefahr bringen, wegen dieser Taten strafrechtlich verfolgt zu werden. Denn wegen dieser Anschläge sind sie entweder bereits rechtskräftig verurteilt oder können aus anderen rechtlichen Gründen nicht mehr belangt werden. Jedoch kann nicht mit der gebotenen Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich die Beschwerdeführer durch diesbezügliche Aussagen der Gefahr der Strafverfolgung hinsichtlich anderer Straftaten aussetzen, für die sie noch bestraft werden können. Denn nach den Gründen des gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt ergangenen Urteils des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 2. April 1985 bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Anschläge gegen Generalbundesanwalt Buback und die Bundesanwaltschaft Teil einer eng zusammenhängenden Anschlagsserie der RAF im Jahre 1977, der so genannten "Offensive 77", waren, in deren Planung, Vorbereitung und Ausführung sämtliche damaligen Mitglieder der RAF eingebunden waren, zu denen auch die Beschwerdeführer zählten. Das Urteil des Oberlandesgerichts enthält darüber hinaus Hinweise, dass die Beschwerdeführer auch an Taten der "Offensive 77" beteiligt gewesen sein können, deretwegen gegen sie bislang noch nicht ermittelt wurde. So soll der Beschwerdeführer Folkerts bei der Ausforschung der Lebensumstände des am 30. Juli 1977 ermordeten Bankiers Ponto mitgewirkt haben. Bezüglich der Beschwerdeführer Klar und Mohnhaupt, die nach den Feststellungen des vorgenannten Urteils maßgeblich in Planung und Ausführung der "Offensive 77" verstrickt waren, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie auch an dem Raubüberfall auf den Waffenhändler F. am 1. Juli 1977 beteiligt waren, bei dem Mitglieder der RAF den Inhaber des Geschäfts zu töten versuchten und Waffen erbeuteten; denn bislang konnten noch nicht alle unmittelbar an dieser Tat beteiligten RAF-Mitglieder ermittelt werden. Die Beschwerdeführerin Mohnhaupt trug darüber hinaus bei ihrer Festnahme am 11. November 1982 eine Waffe bei sich, die dem Raubüberfall auf das Waffengeschäft F. entstammte.

Vor dem Hintergrund dieser vom Oberlandesgericht Stuttgart festgestellten engen Verknüpfung der Anschlagsserie der RAF im Jahr 1977 ist es denkbar, dass aus Angaben der Beschwerdeführer zur Planung, Vorbereitung und Ausführung der Anschläge gegen Generalbundesanwalt Buback und seine Begleiter sowie gegen die Bundesanwaltschaft Rückschlüsse auf eine Tatbeteiligung des Beschwerdeführer Folkerts an der Ermordung des Bankiers Ponto sowie der Beschwerdeführer Mohnhaupt und Klar am Raubüberfall auf das Waffengeschäft F. gezogen werden können und diese Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft Veranlassung geben, entsprechende Ermittlungsverfahren gegen die Beschwerdeführer einzuleiten.

Beschluss vom 7. August 2008 - StB 9/08, StB 10/08 und StB 11/08
Karlruhe, den 15. August 2008
Die hier in Rede stehende Vorschrift des § 55 Abs. 1 StPO (Auskunftsverweigerungsrecht) lautet:
Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Quelle: Indymedia



Der Schlüssel für eine ganz andere Energiepolitik liegt in unserer Hand - und er hat Größe 42

Es gibt ein Problem

Der Zugriff der Metropolen auf Energieträger gestaltet sich immer schwieriger. Länder die im Besitz von Erdöl sind verhalten sich, aus der sich des Westens, immer eigensinniger. Venezuela entscheidet lieber selbst an wen es das Öl verkauft, verstaatlicht die Ölförderung und finanziert damit z.T. soziale Projekte in Südamerika.

Die Ölvorkommen in der Nordsee gehen in den kommenden Jahren zur Neige, und der Zugriff auf das irakische Öl hat sich als sehr "kostenintensiv" erwiesen. In dieser Situation antworten die Regierenden wie sie es in den vergangenen dreißig Jahren immer gemacht haben: Kohle und Atom seien die Lösung der Zukunft. Als Lösungsstrategie wurde diese Doppelantwort bereits in den frühen 70er Jahren entworfen, und zu ihrer Durchsetzung damals die G5 später G8 gegründet. Wo es ums Öl geht, hört für die führenden KapitalistInnen der Spaß auf.
Heute 2008 ist die Antwort noch immer die Gleiche. Etwas leiser, aber umso machtvoller, wird die Renaissance der Kohle betrieben. Weltweit sind rund 100 Kohlekraftwerke im Bau (Alleine in Brunsbüttel sollen zusätzlich zum AKW drei Kohlekraftwerke gebaut werden). Als Zwilling kommt die Atomkraft daher. Zwar werden weltweit nur eine handvoll AKW ernsthaft neu gebaut, doch lassen sich diese in vielen Ländern besser verkaufen als die dreckige Old-School Kohle.

Kohle und Atom waren von jeher keine Rivalen sondern sind energiepolitische Geschwister. Beides sind Technologien die eine zentralisierte, monopolistische, und darin im Sinne des Kapitals effiziente Energieerzeugung optimal ermöglichen. Große Kraftwerksblöcke (Moorburg wäre größer als Brockdorf!), zentralisierte Leitungssysteme, geringst möglicher Einsatz von Personal, sind die Wegmarken dieses Energiepolitischen Pfades. Wer PolitikerInnen und die Stromkonzerne (und häufig vermischt sich das biografisch) fragt, wie eine Antwort auf die Frage nach einer Energieversorgung der Zukunft aussehen könnte, wird seit dreißig Jahren immer die gleiche Antwort bekommen, Kohle und Atom. Bei manchen CSU PolitikerInnen beschleicht einen der Verdacht mensch könne sie auch in der Innenstadt nach der nächstgelegenen Toilette fragen, und bekäme die Antwort das AKWs die Lösung des Problems wären.

Bei beiden Energieträgern wird eine ähnliche Externalisierungsstrategie verfolgt. Damit die Profite möglichst hoch ausfallen (Eon machte allein im ersten Halbjahr 2008 einen Gewinn von über 3 Milliarden Euro) müssen die Kosten der Energieerzeugung sozialisiert werden, also aus Sicht der Konzerne externalisiert werden. Externalisiert wird zumeist in Raum und Zeit, da sich im Nahfeld der Konzerne soziale Widerstände leichter organisieren lassen. Mit dem Überlassen von Atommüll und einem sich in Zukunft erwärmenden Klima wird ein Großteil der gesellschaftlichen Kosten des Betriebs von Kohle- und Atomkraftwerken an zukünftige Generationen weiter gegeben. Mit dem kolonialen Zugriff auf das Uran (z.B. in Australien, dem Niger oder Kanada) werden die Kosten des Betriebes von Atomanlagen räumlich von den Profiten getrennt. Diese Liste ließe sich fortsetzen, handelt es sich doch um eine grundlegende Struktur des Kapitalismus, und keine besondere Gemeinheit bundesdeutscher Stromkonzerne. Profite werden privatisiert, die Kosten sozialisiert bzw. externalisiert. Der gleiche Mechanismus ließe sich für Erdöl und dessen Ersatz, Agro-Sprit, nachzeichnen.

Energiepolitik ist nicht irgendein Politikfeld. Für den Zugriff auf´s Öl wurden und werden Kriege geführt, ohne günstige Energie ist ein Kapitalismus, wie ihn dessen Profiteure aktuell durchsetzen, nicht machbar. Nach dem Krieg im Irak, ist es auffallend das bei all den Konflikten und Grausamkeiten im Kaukasus der Westen sich besonders in Georgien hysterisch reagiert, durch das die einzige Ölpipeline führt, die vom Kaspischen Meer ohne den Zugriff Russlands, über Tifis nach Ceyhan in der Türkei führt (BTC - ohne den Krieg in Georgien damit in Gänze erklären zu wollen). Ein ähnliches Engagement der Nato in Armenien oder Tschechenien ist wohl kaum vorstellbar.
Eine derartige Energiepolitik gilt es zu delegitimieren und anzugreifen. Die Veränderung des globalen Klimas ist dafür ein Anlass unter Vielen, die dramatischen sozialen Folgen der Externalisierung der Folgen dieses Energieregimes ein Weiterer.

Mit dem Versuch den Bauplatz des Kohlekraftwerkes Moorburg zu besetzen und die bestehenden Anlagen zurück zu bauen hat sich ein Teil der klimakritischen Bewegung auf den Weg gemacht, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, und nicht zu bitten, dass jene, die keine Antwort geben können außer Kohle und Atom, doch ihre Meinung ändern mögen.

Energiepolitik ist Handarbeit
Sei es bei der Sabotage von Kohlekraftwerken oder den notwendigen Eingriffen in den Transport von Atommüll. Der Schlüssel für eine andere Energiepolitik liegt in unserer Hand, im November 2008 empfehlen wir die Schlüsselgröße 42 entlang der Castortransportstrecke ins Wendland.

Auftaktdemo:
8.11.08 am "Endlagerbergwerk" / Gorleben
Danach Aktionen entlang der Transportstrecke, achtet auf Informationen in den Infoläden Eures Vertrauens.

Es wird Camps und Scheunen entlang der Transportstrecke geben. Organisiert Euch, bildet Bande!

Viel Glück

Normalbetrieb

Tricastin ist nicht irgendeine Atomanlage. In Tricastin befindet sich der nach LaHague wichtigste militärisch-atomare Komplex Frankreichs. Zwei der vier dort laufenden AKW werden gebraucht um eine Urananreicherungsanlage zu betreiben (ja genau so ein Ding wie es der Iran errichten will). Die vermeintlich von der militärischen zu trennende "zivile" Nutzung der Atomanlagen wird dort gar nicht erst behauptet. Beinahe ebenso bemerkenswert



wie die schweren Unfälle ist die Tatsache das sie überhaupt öffentlich wurden. Letztlich war es nur die radioaktive zweier Flüsse die die Verantwortlichen nach rund 20 stunden dazu veranlasste überhaupt von einem "Problem in der Anlage" zu berichten.

7.7.08Am Abend des 7. Juli gegen 19 Uhr ging an einem der fünf Tanks mit uranhaltiger Flüssigkeit der Überlaufalarm los. Die Angestellte fanden die Ursache nicht und beschlossen daraufhin, die Meldung zu ignorieren. Einige Tage vor dem Unfall beschädigte offenbar ein Baustellenfahrzeug ein Rückhaltebecken. Die Betreiber der Anlage machten sich aber nicht die Mühe, den Schaden zu beheben, womöglich weil die so gesicherten Tanks in einigen Wochen ersetzt werden sollten
Drei Stunden später fiel einem der Mitarbeiter zufällig auf, dass in dem Rückhaltebecken unter den Tanks Flüssigkeit stand. Wieder eine Stunde später, um 23 Uhr, erschien der Manager der Nachtbereitschaft. Die Mannschaft stellte nun fest, dass neben dem beschädigten Rückhaltebecken eine Lösung im Erdreich versickert war. Es dauerte vier Stunden, bis die Angestellten bemerkten, dass einer der fünf Tanks leer war. Nach Wartungsarbeiten am Tag zuvor hatte jemand ein Ventil nicht komplett geschlossen. Und eine weitere Stunde später, also nach vier Uhr morgens am 8. Juli, erkannte das Team schließlich, dass radioaktive Uranlösung in die Abflüsse für Regenwasser gelaufen war. Eilig hatten es die Männer auch dann nicht. Um 5.30 Uhr wurde Alarm in der Anlage ausgelöst, um 7.30 Uhr die Atomaufsicht ASN informiert. Und erst um 14 Uhr, also 19 Stunden nach dem ersten Alarm, erfuhren die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden von dem Unfall.

24.7.08 Zweiter Störfall im französischen Atomkraftwerk Tricastin. Bei Wartungsarbeiten wurden am Mittwochmorgen 100 Menschen "leicht kontaminiert", sagte eine Sprecherin.
Nach der Öffnung eines Abzugsrohrs im Inneren der Anlage sei radioaktiver Staub freigesetzt worden

Nazi-Feier auf dem Ohlsdorfer Friedhof

Am Sonntag, d. 27. Juli 2008 demonstrierten 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf dem Ohlsdorfer Friedhof am Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer gegen die dort jährlich stattfindenden Nazi-Feiern zu Ehren "der Opfer des alliierten Bombenterrors". Trotz Vorgespräche mit der Friedhofsleitung konnte diese Feier am Vortag ungestört von Friedhofsverwaltung und Polizei stattfinden. Seit mindestens 2004 nehmen die Nazis die alliierten Bombardierungen Hamburgs im Sommer 1943 zum Anlass, um am offiziellen Mahnmal für die Bombenopfer eine "Trauerfeier" abzuhalten. Diese "Tradition" ging ursprünglich von dem DVU-Funktionär Gerhard Teppris aus, der 2003 auch auf einem Neonazi-Aufmarsch der Hamburger NPD sprach. Nach seinem Tod führen Neofaschisten aus NPD, DVU und den sog. "Freien Nationalisten" das Werk von Teppris "Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen" fort.

Die Umkehr von Opfern und Tätern

Jedes Jahr kommen 50-70 Unverbesserliche mit Fahnen und Trauerkränzen, um die Geschichte des deutschen Faschismus in ihrem Sinne zu verdrehen und trauern exklusiv den Deutschen Opfern der alliierten Bombardierungen Hamburgs. Sie erwähnen weder den Zweck der Bombardierungen, nämlich den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, noch erwähnen sie, dass Deutschland den Krieg begann und als "Vernichtungskrieg" gegen die Bevölkerung Osteuropas führte. Es war die deutsche Legion Condor, von Hitler zu seinem Verbündeten Franco geschickt, die schon 1936, also vor dem Beginn des II. Weltkrieges, die baskische Stadt Guernica mit Flugzeugen in Schutt und Asche legte und die Zivilbevölkerung auslöschte. Eine Strategie die wenig später z.B. im englischen Coventry ebenfalls praktiziert wurde, lange bevor die Alliierten zu diesem Mittel griffen. Es war die Deutsche Bevölkerung die nach Goebbels Sportpalastrede - "Wollt Ihr den Totalen Krieg?" begeistert mit "Ja" antwortete und in großen Teilen fanatisch an den Endsieg glaubte und an der "Heimatfront" verbissen standhielt. Mit dieser verlässlichen Volksgemeinschaft im Rücken konnten Wehrmacht und SS bis zur militärischen Niederlage auch die Vernichtung der europäischen Juden mit industriellen Methoden betreiben. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Alliierten sich von Bombardierungen deutscher Städte eine Zermürbung der Bevölkerung und eine Schwächung der Heimatfront erhofften. Selbst wenn bei den Bombenangriffen auf Hamburg auch Unschuldige, Kinder oder sogar AntifaschistInnen umkamen, waren sie nötig, um so schnell wie möglich die deutsche Mordmaschinerie zu stoppen.

Die Nazis hingegen machen die Täter zu Opfern, leugnen die deutsche Kriegschuld sowie die im deutschen Namen begangenen und in der Geschichte einmaligen Verbrechen und erklären die Befreier vom Faschismus zu Verbrechern.
2005 schrieben die Neonazis anlässlich ihrer Feier "dass einzig und allein die Alliierten selbst die Schuld am Tod von rund einer Million deutschen Bombenopfern tra-

gen." Über die angeblichen Motive der Hitler-Gegner behaupteten sie 2004 anlässlich ihres Aufmarsches auf dem Friedhof, sie "wollten niemals Völker befreien, sondern unterjochen, quälen und foltern."

Generationen und Spektrenübergreifend
Die seit mindestens 2004 inszenierten Nazi-Feiern haben aber auch eine besondere Binnenwirkung für die hanseatische Szene. Hier kommen junge, militante Kameradschafter mit alten NPD- und DVU-Mitgliedern, die noch immer vom Dritten Reich schwärmen, zusammen. Die Leugnung von Kriegsschuld, Kriegsverbrechen und Holocaust bringt Spektren zusammen, die sonst in der Öffentlichkeit eher mal auf Abstand gehen. Dieses Spektrum spiegelt sich auch in den Rednern der alljährlichen Feiern wieder.
Neben DVU-Funktionär Teppris, der bis 2006 scheußliche Gedichte vortrug, sprach 2005 der wegen Volksverhetzung verurteilte Kader Thomas Wulff, zeitweilig tätig im Bundesvorstand der NPD. 2006 durfte Klaus-Cristoph Marloh die Trauer-Rede halten. Er ist beliebter Redner in Kreisen von Holocaust-Leugnern und einer der Stars der Hamburger Neonazis, weil er als U-Boot Offizier in Hitlers Marine diente und bis heute seiner braunen Gesinnung treu geblieben ist. 2007 durfte dann laut Augenzeugen der Hamburger NPD-Vize Karl-Heinrich Göbel, Anführer eines Angriffes auf eine Veranstaltung der DGB-Jugend, zur braunen Gemeinde sprechen.

Schluss mit NS-Verherrlichung und Geschichtsklitterung !
Die Nazis können deshalb ungestört jedes Jahr ihre öffentliche Propaganda-Show abhalten, weil Friedhofsverwaltung und Polizei sie gewähren lassen. Der Verwaltung ist die Problematik seit Jahren bekannt, allerdings schließt sie jedes Jahr das, sonst verschlossene, Mahnmal extra für die Kranzablage auf. Die Polizei ihrerseits eskortiert das braune Pack alljährlich auf den Friedhof, damit es dort sein Spektakel ungestört abhalten kann. Dabei sind Friedhöfe keineswegs ein Ort wo Nazis beliebig ihr Unwesen treiben können - auf dem Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe, wo eine der letzten Kesselschlachten des II. Weltkrieges stattfand, haben die NS-Verherrlicher schon lange Aufmarschverbot. Es wird dringend nötig, den Druck auf die Friedhofsverwaltung und die zuständige Abteilung im Bezirksamt Nord zu erhöhen um den Spuk zu beenden.



Rote Flora

SEPTEMBER

Von Montag, den **25.08.08** bis Donnerstag, den **18.09.08** wird die ROTE FLORA **wegen Umbaumassnahmen geschlossen** sein. In dieser Zeit findet kein öffentlicher Betrieb statt.

Samstag 06.09.
Schanzenviertelfest

Dienstag, 23.09.2008
Konzert
Konzert mit BLACK SHAPE OF NEXUS und TROCKI BLACK SHAPE OF NEXUS (www.blackshapeofnexus.com) aus Mannheim spielen extrem langsamen, schweren Doom/Sludge. TROCKI myspace.com/trockipl) aus Wloclawek, Polen machen crustigen Grind/Death. Beginn: 21:00 Uhr

Freitag, 26.09.2008
Podiumsdiskussion:
"Kulturnation Deutschland?"
Einlass: 19:30

Samstag, 27.09.2008
Party: Soliparty für ein soziales Zentrum in Altona
Minimal-Elektro-Techno Party
Achtet auf Ankündigungen...

Sonntag, 28.09.2008
Konzert: "Our Turn"
Matinee-Konzert
"THE SECRET" (HC/Grindcore aus Italien) + "DEAD FLESH FASHION" (HC aus NRW) + "CALEYA" (HC aus HH)

OKTOBER

Samstag, 25.10.
Zeck support! Info-und Diskussionsveranstaltung, Ausstellung und support Party!:
ab 19:00 Uhr Info- und Diskussionsveranstaltung(s. Text im Heft)
ab 20:00 Ausstellung und Buffet
ab 23:00 Party queer-beet riot-grrl-punk,fem-beatz, elektro, techno,drum'n'bass...

Programm der Perspektivtage in der HWP vom 2.-5.10.2008

Donnerstag:
17Uhr Essen
18 - 21Uhr Fishbowl Podiumsdiskussion "Bewegung der Bewegung, was heisst das?"

Freitag:
9Uhr Ankommen, Kaffee/Tee
10-14.30Uhr I. Phase "Auswertung" des letzten Jahres und des Sommer-Camps
14.30- 16Uhr Mittagessen
16-20Uhr II. Phase "Perspektiven nutzen" - Wo kommen unsere Kämpfe zusammen?!

Samstag:
9Uhr Kaffee/Tee
10-17.30Uhr III. Phase "Perspektiven machen" (inkl. Mittagspause). Viel Zeit neue Mobilisierungen zu planen (u.a. 60 Jahre NATO, Klimagipfel in Kopenhagen, '68 in Italien, Arbeitskämpfe, Sozialproteste, Castor stoppen...)
19-20.30Uhr Plenum:Perspektivtage die Dritte? (Wollen wir weitere Perspektivtage? Wie kommen wir wo zusammen?)

Sonntag:
9Uhr Kaffee/Tee
10-14Uhr IV Phase "Perspektiven konkret machen" (Konkrete Planungs- und Organisierungsphase; Vernetzung; Kooperationsverabredungen treffen; Abschlußplenum)
14Uhr Mittagessen und Aufräumen.

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007);
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr

